

Landesarchiv Berlin
B Rep. 057-01

Nr.: **5092**

LEITZ

Leitz-Ordner R 80

Leitende Planung

Jan. 1942

Landesarchiv Berlin
B Rep. 057-01

Nr.: 5092



Leuthold Planning

Org - Culture

"Nachrichten" Nr.2 vom 25.April 1942

Erllass des Reichsmarschalls des Grossdeutschen Reichs
über Errichtung einer "Zentralen Planung" im
Vierjahresplan.

Auf Vorschlag des Reichsministers Speer als Generalbevollmächtigten für Rüstungsaufgaben im Vierjahresplan hat der Reichsmarschall eine "Zentrale Planung" im Vierjahresplan errichtet.

Der Erlass hat folgenden Wortlaut:

Berlin, den 22.April 1942

Um den vom Führer befohlenen Vorrang der Rüstung sicherzustellen, und um alle dadurch an die Gesamtwirtschaft zu stellenden Forderungen während des Krieges zusammenzufassen, sowie um einen Abgleich mit der Ernährungssicherung und den Rohstoff- und Fertigungsmöglichkeiten der Wirtschaft herbeizuführen, ordne ich an:

1. Im Rahmen des Vierjahresplans wird eine "Zentrale Planung" errichtet. Sie untersteht mir unmittelbar.
2. Die Leitung der "Zentrale Planung" übernehmen Reichsminister Speer, Genefälldmarschall Milch und Staatssekretär Körner gemeinsam.
3. Die "Zentrale Planung" umfasst den Bereich der gesamten Wirtschaft und hat u.a. folgende Aufgaben:
 - a) die Entscheidung über die Notwendigkeit der Durchführung von Neuplanungen oder Weiterführung vorhandener Planungen oder Weiterführung vorhandener Planungen,
 - b) die Entscheidung über die Schaffung neuer oder den Ausbau vorhandener Rohstoffherzeugungsstätten,
 - c) die Verteilung der vorhandenen Rohstoffe, insbesondere von Eisen und Metallen auf alle Bedarfsträger,
 - d) den Einsatz der Kohle und der Energie in der Fertigung,
 - d) die Abstimmung der Forderungen der Gesamtwirtschaft an das Transportwesen.
4. Soweit ich mir nicht im Einzelfall die Entscheidung vorbehalten habe, entscheidet die "Zentrale Planung" endgültig in eigener Zuständigkeit kraft der mir verliehenen Vollmacht

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1562

5. Die "Zentrale Planung" erlässt die erforderlichen Ausführungsbestimmungen.
6. Die mit meinem Erlass vom 1.3.1942 - V.P.4366 - dem Generalbevollmächtigten für Rüstungsaufgaben im Vierjahresplan gegebenen Vollmachten werden durch diesen Erlass nicht berührt.

gez.: Hermann Göring

Hergestellt im
Bundesarchiv
R3/1562

Abschrift!

"Nachrichten" Nr.28 vom 6.September 1943

4

Erlass des Reichsmarschalls des Grossdeutschen Reichs vom
4. September 1943

Der Reichsmarschall des Grossdeutschen Reiches Vorsitzender des
Ministerrats für die Reichsverteidigung und Beauftragter für
den Vierjahresplan

V.P.1129/1

Berlin, den 4. September 1943

In Ergänzung meines Erlasses über die "Zentrale Planung"
im Vierjahresplan (V.P.6707 vom 22.April 1942 +)) und im
Hinblick auf die durch den Erlass des Führers vom 2.September
1943 über die Konzentration der Kriegswirtschaft eingetretenen
Änderungen der ministeriellen Zuständigkeit bestimme ich:

1) Die mit meinem Erlass vom 1.März 1942 (V.P.4366) meinem Ge-
neralbevollmächtigten für Rüstungsaufgaben übertragenen Befug-
nisse erweitere ich auf alle Fragen der Pr oduktion, soweit
hierfür nicht andere Generalbevollmächtigte von mir bestimmt
sind.

2) Der Reichsminister F u n k tritt in die Leitung der
Zentralen Planung ein.

3) Zur Vorbereitung der Entscheidungen der Zentralen Planung
und zur Sicherstellung der Abstimmung der Kriegserfordernisse
auf allen Gebieten der Wirtschaft errichte ich beim General-
bevollmächtigten für Rüstungsaufgaben ein Planungsamt. Es steht
der Zentralen Planung für ihre Arbeiten zur Verfügung.

Die Aufgaben und Befugnisse des Planungsamtes bestimmt der
Generalbevollmächtigte für Rüstungsaufgaben, der den Leiter
des Planungsamtes mit meiner Zustimmung beruft.

gez.: Göring

+) S.Nachrichten S.6, 1942.

Lenthale Planning

28-5. 1942

Reichsminister Speer
Ministeramt

Berlin, 29. Mai 1942

N i e d e r s c h r i f t

zur 6. Besprechung der " Zentralen Planung "

am 28. Mai 1942.

Anwesend: Reichsminister Speer
 Generalfeldmarschall Milch
 Staatssekretär Körner

Min. Dir. Grawsch
 Min. Rat v. Normann

Staatssekretär Landfried
 General v. Hanncken
 Generalreferent Kehrle

Gen. Direktor Fleiger
 Staatsrat Weinberg

Dr. Goernert

Dr. Schelp

Staatssekretär Schulze-Fielitz
 Staatsrat Schieber
 Oberbürgermeister Liebel
 Dr. Goerner

Vierjahresplan

RgM

"

Reichsvereinigung
 Kohle

Stabsamt Bering

RVH

Rg f. B. u. Mun.

"

"

In der Besprechung wird die Kohlenlage behandelt. Von
 der Reichsvereinigung Kohle liegen 4 Aufstellungen vor:

-/-

2004

- 2 -

- 1) Entwicklung von Kohleverbrauch, Kohleversand und Kohlebedarf,
- 2) Entwicklung der Lagersstellung,
- 3) Voraussetzungen zur Erhaltung und Auswertung der Kohlenförderung,
- 4) Erhöhung der Lagersstellung und ihre Auswirkung auf Versorgung und Produktion.

Sofortiger Lagenbedarf

Generaldirektor Pleiger gibt für die einzelnen Erzeugungsgebiete an:

Ruhr	21.500 Lagen à 10 to
Saar	4.800
Oberkohlen	26.000
Mittelddeutschland	8.300
Ostelbe	5.800
Rhein. Braunkohle	4.300
Sudeten	6.000
Übrige	6.500
	<hr/>
	83.200 werktäglich
Zur Zeit gestellt	67.600
Es fehlen	15.600 Lagen werktäglich.

An Sonntagen wurden im Mai gestellt im Mittel
11.000 Lagen.

Aufrechterhaltung der Förderung

Der für die Förderung von 245 Mill. to Steinkohle
und 253 Mill. to Braunkohle notwendige Bedarf an

3025/-

- 3 -

zusätzlichen Arbeitskräften, Bauweisen, Maschinen und Grubenholz wird an Hand der Aufstellung 3 des vorgelegten Berichtes angegeben.

Steigerung in der oberschlesischen Kohlenförderung

Engpass ist das Eisenbahnnetz. Die Transportlage in Oberschlesien kann durch Ausbau von Gleisanlagen aufgelockert werden. Reichsminister Speer genehmigt Ausbauprojekte unter der Bedingung, dass nur kriegsmässig und nur das Notwendigste gebaut wird. Eine weitere Erleichterung kann durch Aufheben der Zollgrenze nach dem Generalgouvernement geschaffen werden. Oberbürgermeister Liebel soll diese Frage mit den beteiligten Stellen klären.

Arbeitsinsatz

Angeworbene russische Bergarbeiter sollen dem Bergbau zugewiesen werden. Es handelt sich zunächst um 7000 Arbeitskräfte, deren Einsatz von Gauleiter Sauckel in diesem Sinne geregelt wird.

Grubenbahnhöfe

Für den Übergang vom Grubenbahnhof zum reichsbahneigenen Bahnhof sind alle nur möglichen Erleichterungen zu treffen.

Ausländische und im Ausland laufende deutsche Wagen

Es soll festgestellt werden, ob die im Ausland eingesetzten deutschen Wagen nur für die vorge-

- 4 -

sehenen Transporte verwendet werden. Mit der Kontrolle des Wagenlaufes in Italien soll beim Oberbefehlshaber Süd ein Beamter der Reichsbahn beauftragt werden.

Es soll ausserdem nachgeprüft werden, ob noch Bauzit-Transporte nach Norwegen laufen, obwohl dort Lagerbestände für 3 Monate vorhanden sind.

Der Wagenpark insbesondere der besetzten Westgebiete muss noch stärker herangezogen werden. Eine Besprechung mit dem Fernverkehrstransportchef wird vorgesehen.

Kesselwagen

Eine Einschränkung des Kesselwagenneubaus würde eine Erweiterung des Güterwagenbaues ermöglichen. Die Reichsbahn wird nachprüfen, ob die Neubauten von Kesselwagen eingeschränkt werden können.

Kohleverteilung

Die Rüstungsindustrie muss die Kohle an erster Stelle erhalten. Die bestehenden Bestimmungen sind daraufhin zu überprüfen. Die Rüstungsinspektionen sind angewiesen, Stilllegungen infolge Kohlenmangels zu vermeiden und Schwierigkeiten zu melden. Im zivilen Sektor wird der Reichswirtschaftsminister weitere Kohleeinschränkungen bei den Sektoren Landwirtschaft, Glas- und Keramik-Industrie, Papier, Brauerei, Ziegel, Zement durchführen. Soweit unbedingt notwendige Kohletransporte zu fahren sind, wird der Reichswirtschaftsminister seine Forderungen bei der

-/-

2007

- 5 -

"Zentralen Planung" anmelden. Die "Zentrale Planung" wird über die Möglichkeit der Kohlelieferungen entscheiden. Generaldirektor Fleiger empfiehlt eine Einstufung in verschiedene Gruppen. Die erste Gruppe wird von ihm voll beliefert, die zweite Gruppe zu etwa 80 %, die nächste Gruppe zu einem noch geringeren Prozentsatz.

Nächste Sitzung

In der nächsten Besprechung wird sich die "Zentrale Planung" mit den Transporteinschränkungen befassen.

gez. Dr.-Ing. Goerner

Verteiler:

Reichsminister Speer
Generaldirektor Hall Wilsch
Staatssekretär Goerner

Gen. Dir. Fleiger
Staatssekretär Schulze-Wielitz
Min. Rat v. Normann
General Thomas
Dr. Goerner

2008

Leutake Planning

9.7.1942

G e h e i m !

Berlin, den 9. Juli 1942.

"Zentrale Planung" im Vierjahresplan
- 2. Besprechung -
(Im Reichsluftfahrtministerium.)

S t i c h w o r t e :

Bergarbeiter (Ernährung)
Donezgebiet
Kohle
Norwegen
Oberschlesien
Russische Arbeiter (Bergbau)
Schweden (Kohle)
Tonnage (Norwegen)

- 2 -

Anwesend:Die Mitglieder:

Generalfeldmarschall Milch,
Staatssekretär Körner,
(Reichsminister Speer verhindert);

ferner:

Staatssekretär Dr. Schulze-Fielitz	}	Reichsministerium für Bewaffnung und Munition
Staatsrat Dr. Schieber		
Oberbürgermeister Liebel		
Reichskommissar Gauleiter Terboven	}	Reichskommissariat Norwegen
Hauptabteilungsleiter Otte		
Direktor Seestrom		
Reichskommissar Gauleiter Kaufmann	}	Reichskommissariat Seeschifffahrt
Kapitän Christiansen		
Direktor Betran		
Unterstaatssekretär General v. Hanneken	}	Reichswirtschafts- ministerium
Generalreferent Kehrle		
Generaldirektor Pleiger	}	Reichsvereinigung Kohle
Reichsbankdirektor Geiseler <i>Dr. Kurt Hartmann</i>		
Direktor Dr. Linden	}	Rhein.-Westfäl. Kohlensyndikat
Generalmajor Freiherr von Gablens		
Ministerialrat von Hermann)	Reichsluftfahrt- ministerium
)	Vierjahresplan.

Gegenstand der Besprechung und Entscheidung:
Die Kohlenlieferungen nach Norwegen.

- I. Bis zum 1. Januar 1943 muß für Südnorwegen eine Viermonatsbevorratung, für Nordnorwegen eine Fünfmónatsbevorratung an Kohle sichergestellt sein.
- II. Dafür sind ab sofort 250.000 toto Wirtschaftskohle und 80.000 toto Wehrmachtkohle, zusammen 330.000 toto zu fahren. (rd. 80 % für Südnorwegen, 20 % für Nordnorwegen.)

III.

3071

- 3 -

- III. Die Kohlenforderungen (lt. bes. Liste) wurden im einzelnen besprochen und als berechtigt anerkannt.
- IV. Wirtschafts- und Vorratsholz für Norwegen ist künftig, einheitlich durch den Reichskommissar zu bewirtschaften. Die Verantwortung für die ordnungsgemäße Auslieferung der Vorratsholz übernimmt der Reichskommissar.
- V. Die festgelegte Anfuhr ist towngemäßig gesichert.
- VI. Förderungsmäßig müssen die 330.000 moto bereitgestellt werden. Generaldirektor Fleiger sichert die Lieferungen zu; er erwartet, daß
- a) den Ruhrbergarbeitern zusätzliche Lebensmittel (Brot, Kartoffeln, Fleisch) für Sonntagspflichtschichten gewährt werden. Staatssekretär Körner wird die notwendigen Entscheidungen veranlassen. Reichskommissar Terboven wird sich um zusätzliche Fischlieferungen aus Norwegen für die Bergarbeiter bemühen;
 - b) die Exportkohle für diejenigen europäischen Länder, die nicht auf Seezulassen angewiesen sind und deshalb in den Wintermonaten 1943 stärker nachbeliefert werden können, erforderlichenfalls in den nächsten Monaten gedrosselt werden kann;
 - c) die vom Reichswirtschaftsministerium gegenüber Schweden beabsichtigte Zusage, 500.000 moto Kohle zu liefern, nur mit der Einschränkung erfolgt, daß diese Lieferungen auf keine unvorhergesehenen Schwierigkeiten stoßen;
 - d) die russischen Bergarbeiter planmäßig eintreffen.
- VII. Ende August werden die Mitglieder der Zentralen Planung sowie die Reichskommissare Terboven und Kaufmann und Generaldirektor Fleiger an Ort und Stelle über den Umfang der in den letzten 4 Monaten 1942 endgültig nach Norwegen zu transportieren en Kohlenmen en beschlus fassen.
- VIII. Aus den oberschlesischen Revier kann vorläufig keine Norwegenkohle bereitgestellt werden. Daran ist erst zu denken, wenn Oberschlesien durch verstärktes Anla-

- 4 -

fen der Donezgruben in seinen Lieferungen nach den Daten entlastet wird.

III. Voraussetzungen für den Einsatz der vom Reichskommissar für die Beseitigung zugesagter Torpedentonnagen sind

- a) eine ausreichende Bevorratung mit Schiffsbunkerstoffe (wird zugesagt),
- b) ausreichende Treibstoffzuteilungen für die Motorschiffe. (Zuteilung kann erst erfolgen, wenn die zurzeit beim Reichsmarschall laufenden Besprechungen über die Treibstoffverteilung der nächsten Zeit abgeschlossen und etwa notwendige Entscheidungen des Führers herbeigeführt sind.)

gez. von **N o r m a n n**

Verteiler: (Anschriften laut Anwesenheitsübersicht)

Je 1 Stück

Speer, Milch, Körner,
Schulze-Greif, Schieber, Hiebel,
Terboven, ~~Heilmann~~, Otte,
Faufmann, Bertram,
Fleiger, Geiselhart,
v. Harrold, Kuhl, v. Lönne.

Centrale Planning

15. 7. 1942

Reichsminister Speer
Ministeramt

Berlin, 16. Juli 1942 Dr. Goebbels

N i e d e r s c h r i f t
zur 10. Besprechung der " Zentralen Planung"
am 15. Juli 1942.

Anwesend:	Reichsminister Speer	
	Generalfeldmarschall Milch	
	Staatssekretär Körner	
	Kommerzienrat Röchling	RVE
	Dr. Ing. Rohland	"
	Herr v. Bohlen und Halbach	"
	Dr. Langen	"
	Staatssekretär Landfried	RWM
	Generaldirektor Pleiger	RVKohle
	Generaldirektor Dr. Vögler	
	Min. Rat Dr. Steffler	Vierjahresplan
	Min. Rat v. Normann	"
	Staatssekr. Schulze-Fielitz	RM f. B. u. Mun.
	Dr. Schieber	"
	Generalmajor Becht	"
	Oberbürgermeister Liebel	"
	Min. Rat Wissmann	"
	Major Wagner	"
	Herr Schlieker	"
	Dr. Ing. Goerner	"

In der Besprechung wird die Erhöhung der Eisenerzeugung behandelt.

-/-

3065

- 2 -

Voraussichtlicher Mehrbedarf im 4. Quartal

Baueisen für Befestigungen	30 - 40 000 moto
Munition	130.000 "
Waffen, Gerät, Marine	130.000 "
Lok. und Waggon	50.000 "
Bergbau	60.000 "
Reparaturen	20.000 "
Export	70 80.000 "

Bisher aus Lagerbeständen kontingentierte Z-Eisen
250.000 moto.

Der gesamte monatliche Fehlbedarf wird mit etwa 780 000 t angegeben. Diese zusätzliche Eisenmenge muss vor allem im 4. Quartal zur Verfügung gestellt werden.

Vorgesehene Eisen-Mehrerzeugung

Von der RVE wird ein Plan vorgelegt, der mit einer Höchstmehrerzeugung von 560 000 moto abschliesst, s. Anlage. Für diese Mehrproduktion müssen die später angeführten Voraussetzungen erfüllt sein.

Von RHG werden zur Durchführung der Steigerung der Eisenerzeugung folgende Fe Einheiten der Ruhr zur Verfügung gestellt:

750.000 t	Bültnererze
100.000 "	Roheisen
100.000 "	Blockschrott
33.000 "	Blöcke
100.000 "	Halbzeug

Voraussetzungen für die Mehrerzeugung

- 1) Mobilisierung der Schrottréserven. Die notwendigen Massnahmen sind bereits eingeleitet.
- 2) Bis zur Auswirkung der Reichs-Schrottsammelaktion muss ein erhöhter Zugriff auf Schwedenerze und Schrottbestände zugelassen werden. Diese Massnahme wird von der "Zentralen Planung" gebilligt.

2036

-/-

Hergestellt im
Bundesarchiv
R3/1688

- 3) Aufhebung aller der Produktionssteigerung entgegenstehenden Anordnungen wie z. B. die Vorschrift über Roheisensätze, Schrottquoten usw., mit Ausnahme der Legierungs-Verbrauchsbeschränkungen. Die Aufhebungen sollen durchgeführt werden.
- 4) Sofortige Erhöhung der Phosphorgrenzen von 0,01 % für mindestens 80 % aller SM-Stähle. Eine Minderung der Qualität tritt dabei nicht ein. Für bestimmte Zwecke bleiben Ausnahmen bestehen. Eine entsprechende Regelung ist mit dem R. A. festzulegen.
- 5) Überprüfung und Festlegung der Dringlichkeit der Entscheide genehmigter und neuer Bauvorhaben durch die RVE. Die Erstellung einer Liste an den G. B. Bau derjenigen Bauvorhaben, die gegen einen Bauarbeiterabzug geschützt werden sollen. Bevorzugte Fertigstellung und Inbetriebnahme ist für Aufbereitungs-, Klassierungs- und Sinteranlagen für Erze sowie Schrottklassierungsanlagen notwendig.

Es wird festgestellt, dass diese Massnahmen nicht zu den Voraussetzungen für den Sofort Plan gehören. Die Inbetriebnahme muss jedoch erfolgen können, wenn die Schrottaufuhr aufhört. Der G. B. Bau soll entsprechende Anordnungen treffen.
- 6) Sicherstellung der für die Erzeugungssteigerung notwendigen Maschinenanlagen, Einschaltung des H. A. Maschinen durch die RVE
- 7) Prüfung der Verwendungsmöglichkeit einer Energieanlage, die für den Doggererz-Bergbau bestimmt war und für Kohle und Gichtgas geeignet ist. Unterlagen sind von der RVE bei der Reichsgruppe Energiewirtschaft anzufordern
- 8) Freigabe des Kokillen-Bedarfes als Umlaufmaterial
- 9) Zeitliche Aufgliederung des zusätzlichen Strombedarfes für die Elektroöfen bei 35.000 t Mehrerzeugung. Es werden rd 50 Mill. kW zusätzlich benötigt. Die Unterbringung dieses Strombedarfes im Rahmen der allgemeinen Stromversorgung soll mit dem G. I. Energie geklärt werden.

- 4 -

10) Klärung der Ernährungsfrage der Bergarbeiter mit Staatssekretär Backe. Die Erledigung wird von Staatssekretär Körner übernommen.

11) Arbeitseinsatz.

Es wird berichtet, dass im Kohlenbergbau an Stelle der zugesagten 100.000 Arbeitskräfte bis nur 12.000 eingetroffen sind. Für die Eisen erzeugende Industrie wird ein Fehlbedarf von 45.000 Arbeitskräften angemeldet.

Die Sicherstellung des Arbeiterbedarfes soll bis zur nächsten Besprechung mit Gauleiter Sauckel geklärt werden.

12) Die Ausweitung der Elektrostahl-Erzeugung ist nur mit eingearbeiteten Kräften möglich. Es sollen deshalb 5.000 Fachkräfte zu Schlüsselkräften erklärt werden. Eine Besprechung mit Generaloberst Fromm wird von Feldmarschall Milch übernommen.

13) Für die Kalk-Gewinnung an der Maas sollen 200 kriegsgefangene Franzosen, die dort beheimatet sind, freigemacht werden. Für den beschleunigten Einsatz wird der Geschäftsführer der RVE, Dr. Langen, sorgen.

gez. Dr.Ing. Goerner

Verteiler:

Reichsminister Speer
Generalfeldmarschall Milch
Staatssekretär Körner
Kommerzienrat Röchling
Dr.Ing. Rohland
v.Bohlen und Halbach
Dr. Langen
Staatssekretär Landfried
Generaldirektor Pleiger
Generaldirektor Dr. Vögler
Min.Rat v. Normann
Staatssekretär Schulze-Fielitz
Dr. Schieber
Generalmajor Becht
Dr.Ing.Goerner
Registratur (1 Stück)

1 Anlage

3008

Hergestellt im
Bundesarchiv
23/1688

Leuthale Planning

22.7.42

Reichsminister Speer
Ministeramt

Berlin, 24. Juli 1942 Dr.Goe/W

N i e d e r s c h r i f t

zur 11. Besprechung der " Zentralen Planung"
am 22. Juli 1942.

Anwesend: Reichsminister Speer
Generalfeldmarschall Milch
Staatssekretär Körner

Kommerzienrat Röchling	RVE
Dr. Rohland	"
Direktor v. Bohlen und Halbach	"
Dr. Langen	"
Bergass. a.D. Sohl	"
Gauleiter Sauckel	GB Arbeitseinsatz
Staatssekretär Backe	REM
Generaldirektor Pleiger	RV Kohle
Dr. Fischer	"
Generalmajor v. Gablenz	RLM
Oberst-Ing. Sellchopp	"
Präsident Kehrl	RWM
Herr Kranefuss	"
Min.Dir. Gramsch	Vierjahresplan
Min.Rat v. Normann	"
Dr. Schieber	RM f.B.u.Mun.
Dr. Stellwaag	"
Generalmajor Becht	"
Major Wagner	"
Oberstleutnant v. Nicolai	"
Min.Rat Dr. Wissmann	"
Herr Schlieker	"
Dr. Goerner	"

In der Besprechung werden - anschliessend an die 10.Sitzung -
die Voraussetzungen für die erhöhte Eisenerzeugung behandelt.

- 2 -

Bauvorhaben

Die Zahl der genehmigten, zum Teil begonnenen Bauvorhaben für die Eisen schaffende Industrie beträgt 28. Die Durchführbarkeit und Konzentration vorhandener Kräfte auf die dringlichsten Bauten wird noch mit dem G.B.Bau geklärt.

Maschinen für die Eisenerzeugung

Der Maschinenbedarf der einzelnen Werke für die Mehreisenerzeugung ist ermittelt worden und bereits dem H.A.Maschinen bekanntgegeben. Die bevorzugte Lieferung von Schrottbrikettierpressen mit einem Kontingentsgewicht von 1300 Tonnen soll über Herrn Schlicker in die Wege geleitet werden.

Energie

Verhandlungen mit dem G.I.Energie haben ergeben, dass die Energieversorgung nur in den Gebieten Ostmark und Schlesien besondere Schwierigkeiten macht, die noch überwunden werden müssen. Zur besonderen Sicherung gegen das Abschalten soll die Eisenerzeugung ebenso wie die Mineralöl- Produktion behandelt werden.

Sicherung der Ernährung

Es wird mit einem Nettozugang von 1 Mill. ausländischen Arbeitskräften gerechnet. Diese Zahl ist in den vergangenen Monaten nicht erreicht worden. Auch bei einer Hereinnahme von mehr als 1 Mill. in den kommenden Monaten wird angesichts der laufenden Abgänge die Million-Grenze tatsächlich nicht überschritten werden. Hierfür ist die Ernährung sichergestellt.

Inwieweit eine Verbesserung der Ernährungslage durch schärfere Erfassung der ausserdeutschen Erzeugung ermöglicht werden kann,

- 3 -

wird Staatssekretär Backe in einer Zusammenstellung aufzeigen. Hingewiesen wird auf: Erhöhung der rumänischen Getreideausfuhr ins Reich, die bei einem Überschuss von 1.4 Mill. t im letzten Jahr nur 15.000 t betragen hat; Erfassung der guten Obsternte in Frankreich; Druck auf Italien wegen rückständiger Lebensmittellieferungen; erhöhte Lieferungen aus dem Generalgouvernement; Sicherung der Obsternte; Errichtung von Beschaffungsstellen im Ausland.

Staatssekretär Backe wird weiterhin diejenigen Massnahmen zusammenstellen, die innerhalb des Reichsgebietes zu einer Verbesserung der Ernährungslage beitragen können. Dazu gehören: Sicherstellung der Düngemittel-Produktion; Eisen für Reparatur landwirtschaftlicher Maschinen; Ausbesserungs-Bauarbeiten an landwirtschaftlichen Gebäuden; Abgabe von 39 Fischdampfern aus dem Bestand der Marine; Sicherstellung von Fischdampfer-Reparaturen bei dem H.A.Schiffbau; Abgabe von Kühlaggregaten aus Schiffen; Erhöhung der Waggongestellung um 3 - 4000 Waggons in der Erntezeit.

Arbeitskräfte

Für die Eisen schaffende Industrie sind die in der letzten Sitzung der "Zentralen Planung" beantragten 5.000 Schlüsselkräfte durch Reichsminister Speer beim OKW sichergestellt worden. Zur Deckung des Bedarfes von zusätzlichen 45.000 Arbeitskräften wird ab sofort pro Tag ein Zug der aus dem Osten eintreffenden Zivilrussen in die Stahlwerke geleitet. Über die Zuweisung von weiteren 10.000 Arbeitskräften soll entschieden werden, wenn die erste Anforderung gedeckt ist.

Die für die Eisenmehrerzeugung notwendige Kohle braucht für ihre Förderung in der nächsten Zeit rd. 120.000 Kriegsgefangene und 6.000 Zivilrussen. Die Zuweisung dieser Arbeitskräfte innerhalb von 4 Wochen wird von Gauleiter Sauckel zugesichert. Zur Deckung des Zivilrussen-Bedarfes wird ab sofort jeden zwei-

ten Tag ein Zug der im Osten geworbenen Kräfte in den Kohlenbergbau geleitet, bis die Zahl von 6.000 erreicht ist. Die Beschaffung der Kriegsgefangenen erfolgt zur Zeit aus Lagern im Generalgouvernement. Hiervon sind 51.000 Kriegsgefangene bereits auf dem Transport. Im Senne-Lager befinden sich weitere 40.000 Kriegsgefangene. Im Gebiet ostwärts des Generalgouvernements stehen noch 74.000 Kriegsgefangene zur Verfügung. Bisher ist beim Einsatz für den Kohlenbergbau mit einer Ausscheidungsquote von 50 % unbrauchbarer Leute gerechnet worden. Es wird für notwendig gehalten, dass nicht zu hohe Anforderungen bei der Auswahl der Kriegsgefangenen gestellt werden. Die Knappschafts-Ärzte sollen unterrichtet werden, dass für Kriegsgefangene ein anderer Maßstab als für deutsche Bergarbeiter anzulegen ist.

Für die Reihenfolge, nach der die Kriegsgefangenen eingesetzt werden sollen, wird festgelegt, dass vorab die Metallarbeiter ausgewählt werden, an erster Stelle ist alsdann der Kohlenbergbau und an zweiter Stelle der Bedarf für Belade- und Entlade-Kommandos zu berücksichtigen.

Generalfeldmarschall Milch übernimmt es, die Heranschaffung der kriegsgefangenen Russen aus den Lagern zu beschleunigen.

Schrott-Aktion

Für den Abtransport der beträchtlichen Schrott- und Erzmenen, die von den RHG der Ruhr zur Verfügung gestellt worden sind, soll vom Rü.Lieferungsamt eine Speditionsfirma zur Ausführung und Generaldirektor Flick zur Betreuung eingeschaltet werden. Bei der Erfassung der Schrottmengen in der Ukraine ist die Unterstützung von Gauleiter Koch zugesichert. Soweit der Schrott in der Ukraine selbst verarbeitet werden kann, wird der Transport unterbleiben.

-/-

3032

Stahl - Qualität

Die Herabsetzung des Mangangehaltes wird als Massnahme bei weiterer Verschärfung der Lage vorgesehen. Vorläufig bleibt die Zusammensetzung erhalten. Die Erzproduktion im Siegerland muss voll ausgenützt werden. Hierzu fehlen 1200 Arbeitskräfte, die zugewiesen werden sollen.

Die Erhöhung des Phosphorgehaltes wird nach den bereits erfolgten Verhandlungen mit den interessierten Behörden durchgeführt.

Voraussichtliche Mehrerzeugung im 3. Quartal

Soweit die Produktionslage und die Erfüllung der Voraussetzungen für die Mehrleistung bereits zu übersehen sind, kann mit einer Mehrleistung von 130.000 moto über die Kontingentmenge von 2.100.000 moto gerechnet werden. Für das 4. Quartal wird eine Mehrerzeugung von 380.000 moto im Oktober und für November und Dezember je 515.000 moto angegeben.

Der Minister stellt fest, dass mit der Zusicherung der Arbeitskräfte für den Kohlenbergbau und die Eisenindustrie durch Gauleiter Sauckel und die Zusicherung der Kohleförderung durch Generaldirektor Pleiger die wesentlichsten Voraussetzungen für die Eisenmehrerzeugung gegeben sind. Der von der Reichsvereinigung aufgestellte Plan ist durchzuführen.

Massnahmen zur Verbesserung der Ernährungslage sollen in einer Sitzung der "Zentralen Planung" am Montag, dem 3. August, besprochen werden.

gez. Dr. Ing. Goerner

-/-

3053

Hergestellt im
Bundesarchiv
R3/1688

- 6 -

Verteiler:

Reichsminister Speer
Generalfeldmarschall Milch
Staatssekretär Körner
Kommerzienrat Röchling
Dr. Rohland
Dir. v.Bohlen und Halbach
Gauleiter Sauckel
Generaldirektor Pleiger
Präsident Kehrl
Dr. Schieber
Generalmajor Becht
Min.Rat v. Normann
Dr. Goerner

Hergestellt im
Bundesarchiv
R3/1688

Festival Planning

28. 10. 42

Der Beauftragte für den Vierjahresplan. Berlin, den 30. Oktober 1942.

Zentrale Planung

Z.P. 6.

Ergebnisse

der

17. Sitzung der Zentralen Planung am 28.10.42, 9,30 Uhr.

Steigerung der Kohlenförderung.

1. Arbeitseinsatz.

Die Kohlenförderung im Ruhrgebiet ist auf 390 000 tate gestiegen, die weitere Steigerung ist entscheidend abhängig von einer Befriedigung des Arbeiterbedarfes. Dieser beträgt rd. 104 000 Mann. Außerdem sind 7 800 Mann (ursprünglich 16-17 000, die Anforderung ist durch Rationalisierung herabgedrückt) für die Zubringerindustrie erforderlich (davon 6 800 für die Maschinenindustrie). Hinzu kommt ein Bedarf von 5 000 ungelernten Arbeitern zur Sicherstellung des Grubenholztransportes, dessen Befriedigung aus Sortimentsgründen unbedingt erforderlich ist.

Die Aufnahmefähigkeit des Bergbaues beträgt für November 44 000 Kriegsgefangene, davon 25 000 für die Ruhr, und 12 600 Ostarbeiter, davon 7 500 für die Ruhr. Die bisherige Gesamtforderung beläuft sich auf 191 000 Arbeiter, davon 90 700 für die Ruhr. Gestellt worden sind bis zum 24. Oktober insgesamt 123 000. Zwischen RVK und Sauckel sind diese Zahlen noch abzustimmen.

Lt. GBA stehen z.Zt. an Kriegsgefangenen zur Verfügung:

im Reich (rollend und im Lager)	30 000
restl. Kriegsgefangene (von insgesamt 150 000 stehen noch aus und sind bis Anfang Dezember zugesagt)	60 000
in Lagern im Generalgouvernement	15 000.

Von diesen können bis zum 1. Dezember als verfügbar angesehen werden:

im Reich	15 000
von den restl. Kriegsgefangenen	10 000
aus dem Generalgouvernement	<u>7 500</u>
insgesamt rd.	32 000.

Gegenüber

3033

Gegenüber der Anforderung von 44 000 besteht somit ein Fehlbetrag von rd. 12 000. Außerdem können 10 000 Ostarbeiter durch Umsetzung aus der Landwirtschaft gestellt werden, das sind 2 000 weniger als gefordert, so daß der Fehlbedarf für November 14 000 beträgt und gegenüber dem Gesamtbedarf des Bergbaues von 154 000 ein Fehlbedarf von 62 000 besteht. Dieser Fehlbedarf erhöht sich um die Abgangsziffern der Kriegsgefangenen, deren Höhe vom GBA noch zu ermitteln ist.

- Der Bergbau ist in der Lage, statt Kriegsgefangene beliebige Mengen Ostarbeiter einzusetzen, er ist deshalb bei der Auskultung der Landwirtschaft bevorzugt zu berücksichtigen. Es bestehen keine Bedenken, die Ostarbeiter vorübergehend in Kriegsgefangenenlagern (ohne Stacheldraht usw.) unterzubringen.

- Der Bedarf der Bergbauzubringerindustrie soll durch Rotzettelverfahren gedeckt werden, Konstrukteure sollen durch Werbung in den französischen Offizierskriegsgefangenenlagern beschafft werden.

Die gesamten im Bergbau eingesetzten Kräfte sind bis 1. Juli nächsten Jahres von Nachprüfungen für Langelberufe usw. frei zu lassen, dagegen steht einem freiwilligen Austausch von Facharbeitern gegen gelernte Bergmänner nichts entgegen.

Zur besonderen Schonung der Erzeugung von Bergbaumaschinen, insbesondere von Abraumgeräten, soll die Zubringerindustrie einen generellen Schutz gegen Abziehungen erhalten, und zwar grundsätzlich für alle Betriebe, die Schlüsselkräfte beschäftigen, so lange ihr Auftragsbestand nicht zurückgeht. Lange wird gebeten, anders behandelte Fälle an Oberstleutnant von Nicolai zu melden. Dagegen wird es abgelehnt, durch Kennworterteilung oder Auflagen (letzteres mit Ausnahme von geringen Einzelfällen) die Erzeugung zu steuern.

Der Jahrgang 1924 ist im Kohlenbergbau von der Einziehung bis 1. März zurückzustellen. Für den übrigen Bergbau ist von Gabel ein entsprechendes Programm mit Terminen aufzustellen.

Die Sicherstellung der Bekleidung der Fremdarbeiter ist von Sauckel bereits veranlaßt. •

2. Verkehr.

Die Kohlenlieferungen aus Oberschlesien sind in erster Linie vom Verkehr abhängig. Es wird beschlossen, die Höhen spitze abzuflachen, auch wenn die Kampagne der Zuckerindustrie

dadurch

Hergestellt im
Bundesarchiv
R3/1688

dadurch nicht bis Weihnachten abgeschlossen ist, sondern sich bis Januar/Februar erstrecken wird. Die Wagengestellung hat bereits wieder 22 000 Waggons erreicht, die kommende Wagengestellung wird auf 24 000 festgelegt. Bei Nichtgestellung der Waggons soll der Ausfall zu 50 % der Kohlenbelieferung der Reichsbahn, die im oberschlesischen Raum 1,465 t von insgesamt 6,549 Mill. t erhält, zur Last fallen. Staatssekretär Ganzemüller erklärt sich damit einverstanden. Die volle Wagengestellung für Mitteldeutschland und Ostelbien wird zugesagt.

3. Metalle, Gummi usw.

Die Kontingente an Metallen und sonstigen Bedarf sollen wie bisher auf den gesamten Bergbau abgestellt und damit in der Zuständigkeit des Reichswirtschaftsministers bleiben; die Anforderungen des Kohlenbergbaues sollen sich nicht auf Kontingente, sondern wie bisher auf einzelne Erzeugnisse erstrecken. Das Reichswirtschaftsministerium hat die Gründe der Unterbelieferung des Bergbaues mit Metallen festzustellen und die Kontingente daraufhin zu prüfen, ob sie für die Fördersteigerung des Bergbaues zureichen.

Die Gummiversorgung des Bergbaues ist in einer Besprechung der Reichsvereinigung Eisen mit der Reichsstelle für Kautschuk zu klären.

4. Eisen.

Rd. 75 % des Eisenbedarfes im Bergbau entfallen auf die Sicherung, rd. 25 % auf den Maschinen-Einsatz. Mangelnde Eisenversorgung bedeutet dementsprechend mangelnde Ausnutzung des Arbeits-Einsatzes. Die Anforderungen des Bergbaues sind im einzelnen in der Eisenkontingentsitzung zu behandeln. Der vorrangige Bedarf an Baueisen ist gegebenenfalls aus dem Eisenkontingent des Bergbaues zu decken.

5. Dringlichkeit.

Eine Erteilung von generellen Auflagen für die Anforderungen des Bergbaues wird abgelehnt, Auflagen sind jeweils nur für kleinere Anforderungen im Einzelfall zu genehmigen. Im übrigen wird der Bergbau in den ab 1. November 1943 an die Mittelinstanzen (Rüstungsinspektionen, Arbeitsämter, Landeswirtschaftsämter usw.) zu richtenden Ausrichtungsschreiben entsprechend hervorgehoben werden.

G.

3035

= 4 =

6. Mehrbedarf.

Der zusätzliche Kohlenmehrbedarf für das nächste Jahr beträgt bei der Steinkohle 14,4 Mill. t und bei der Braunkohle 18 - 20 Mill. t.

Dr. Steffler.

Anwesend:

Reichsminister Speer
 Generalfeldmarschall Milch
 Staatssekretär Körner
 Staatsrat Schieber
 Gen.Maj. Becht
 Oberstltm. v. Nicolai
 Herr Schlieker
 Oberberghauptmann Gabel
 Oberst Dr. Krull
 Oberbergerrat Otto
 Staatssekretär Garzenmüller
 Staatsrat Weinberg
 Min.Dir. Gramsch
 Min.Rat Steffler
 Min.Dirig. Timm
 Oberreg.Rat Hildebrandt
 Gen.Dir. Fleiger
 Dr. Sogemeier
 Dr. Fischer
 Dir. Winkhaus

RM.f.B.u.Mun.

"

"

"

R W K

"

"

A V K

"

V. P.

"

G B K

"

RV Kohle

"

"

Beauftr.f.d.Bergbaubedarf.

Verteiler:

Hergestellt im
Bundesarchiv
R3/1688

- 5 -

Verteiler.

Reichsminister Speer	1. Ausfertigung
Generalfeldmarschall Milch	2. "
Staatssekretär Körner	3. "
Staatsrat Schieber	4. "
Min.Dir. Gajka	5. "
Min.Dir. Gramsch	6. "
Dr.-Ing. Goerner	7. "
Min.Rat Steffler	8. "
Staatssekretär Gantenmüller	9. "
Oberberghauptmann Gabel	10. "
Min.Firig. Timm	11. "
Gen.Dir. Fleiger	12. "
Registratur	13.- 15. "

3037

Rep. 302

Nbg. Kriegsverbrecherprozesse

1

I Photokopien

Zz 7

Zentrale Planung

Stenogramm der 17. Sitzung

28.10.42

09.30 Uhr

1226 - 1265

(Blatt 467-506)

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1693

Geheim

Stenographische Niederschrift

der

17. Besprechung

der

Zentralen Planung
des Reichsministeriums für Bewaffnung und Munition

betreffend: Voraussetzungen für die Vorderungsteigerung der
K o m m e

am 27. Oktober 1942, 9 Uhr 30 Minuten

im Reichsministerium für Bewaffnung und Munition,

Berlin, Pariser Platz 3.

Hergestellt im
Bundesarchiv
23/1693

Dr. Bölling/Sgt.

1

Die Sitzung wird durch Reichsminister Speer eröffnet.

S p e e r : Wir werden heute vormittag die Fragen, die mit der Forderungssteigerung zusammenhängen, behandeln. Am besten ist, wenn die Aufträge, die in der letzten Sitzung gegeben wurden, in den einzelnen Punkten durchgegangen werden.

S c h i e b e r : Als besonders notwendig war bezeichnet worden eine ausreichende Eisenzuteilung, eine hinreichende Versorgung des Bergbaues mit Metallen, dann vor allem die Sicherung der Grubenholzzufuhr, die Bereitstellung der Baustoffe und Bau-eisenkontingente und als Gesamtplan der Arbeitseinsatz. Von Herrn Pfeiger sind zu den einzelnen Punkten und den bis jetzt erfolgten Klärungen die notwendigen Unterlagen vorgelegt worden, und es ist vielleicht zweckmäßig, wenn die im einzelnen jetzt durchgegangen werden.

P f e i g e r : Ich glaube, das Beste wäre, erst einmal mit dem Arbeitseinsatz anzufangen. Vielleicht kann zunächst mal der verantwortliche Leiter für die Leistungssteigerung, Herr Dr. Kinkhaus kurz zur Gesamtsituation sprechen und darlegen, welche Möglichkeiten für den Arbeitseinsatz bestehen. Denn es schwirren da Gerüchte, die dahin gehen, dass wir nicht die Möglichkeit hätten, die Männer unterzubringen. Das entspricht nicht den Tatsachen. Die Baracken usw. sind vorhanden, ebenso das Inventar, das notwendig ist, um die Baracken auszustatten. Es ist lediglich notwendig, dass das, was uns an Arbeitern zugesagt ist, nun auch zur Verfügung gestellt wird.

~~K i n k h a u s : Die Frage des Arbeitseinsatzes war die Voraussetzung für die Zuteilung der 450 000 t an der Ruhr. Das.~~

1228

1227

Hergestellt im
Bundes...

R3/1693

Z i n k h e i s s : Die grossen Schwierigkeiten, die sich anfangs zeigten, unsere Belegschaft zum Anlernen der Russen zu erziehen, sind verhältnismässig schnell überwunden worden, sodass wir nach einer anfänglichen Ausrückung, der naturgemäßig war, weil man unsere besten Leute abstellen musste, um die völlig unbekannten Russen auf die Arbeit unter Tage vorzuschulen, mit diesem Monat eine erfreuliche Aufwärtsentwicklung haben. Wir sind im Erzgebiet auf 375 000, 380 000 t tägliche Förderung gekommen, und in der letzten Woche haben wir 385 000, 387 000 und vorgestern 390 000 t erreicht. Ich bin also mit meinen Kollegen aus den verschiedenen anderen Revieren doch sehr optimistisch, das, wenn wir die zusätzlichen Russen bekommen, die aufgestellten Förderprogramme einige Monate nach dem Masseneinsatz erreichen werden.

Es zeigt sich, das es doch schwieriger ist, als wir dachten, die Russen an die Bergarbeit zu gewöhnen, weil wir keinerlei Bergleute bekommen haben und weil die Russen in einem Verpflegungszustand sind, der uns zwingt, sie erst einmal drei bis vier Wochen über Tage aufzufüttern, damit wir nicht dauernd Rückfälle durch Erkrankungen bekommen.

Voraussetzung für diesen Erfolg ist aber, das die Bergbaubringerindustrie unseren stückweise erhöhten Bedarf nachkommen kann. Wir haben die Voraussetzung für eine erhebliche Produktionssteigerung der Zulieferindustrie, die in einzelnen Produzenten auf 160 % ihrer heutigen Leistung steht, dadurch geschaffen,

daß wir Anfang dieses Jahres eine sehr starke Rationalisierung unserer Geräte durchgeführt haben. Wir haben z.B. 120 vorhandene Bohrabbaumertypen auf 12 Typen zusammengestrichen und etwa 50 Bohrhämmertypen auf 8, und wir haben jeder Firma verboten, mehr als 2 dieser Typen zu bauen. Wir haben daraufhin den damaligen Plan, 16 bis 17 000 Arbeiter in der Zubringerindustrie einsetzen zu lassen, um den laufenden Bedarf decken zu können und die erhöhte Förderung mit der stoßweisen Beschäftigung durch den Russeneinsatz auf 7 800 Mann heruntergedrückt. Ich möchte bitten - und ich habe Herrn Sauckel diese Bitte auch schon in Essen vorgetragen -, uns diese 8 000 Mann sobald wie möglich zu stellen. Denn die müssen wir haben, um nicht Gefahr zu laufen, daß wir die Leute ohne das erforderliche Gerät in die Grube bringen, sonst fürchte ich Rückschläge mit dem Russeneinsatz.

Dazu kommt als einmalige grössere Forderung die Stellung von 5 000 Ostarbeitern für die Deckung der Grubenholzarbeit. Der Einschlag im Walde ist zwar ausreichend erfolgt, aber die Zufuhr vom Walde zur Bahn und von der Bahn zu den Schnittstellen steht noch aus; dafür x fehlen rund 5 000 Arbeiter. Das können ungelernte Arbeiter sein. Das muß bald geschehen, damit noch vor Einbruch des eigentlichen Winters das Holz abgefahren wird.

P l e i g e r : Zum Punkt Grubenholz möchte ich feststellen, daß unter allen Umständen erforderlich ist, daß genügend Grubenholzsortimente vorhanden sind, sonst passiert es, daß meinetwegen dicke Stämme in den Grubenausbau hereingegeben werden, wo tatsächlich dünnere Dimensionen ausreichen würden. Es werden dann gute Qualitäten, die für Hohe Kohlenflöze bestimmt sind, zerschnitten, um im Schrägbau verwandt zu werden. Wir treiben damit, wenn wir nicht genügend Holz nach den Grubenholzlager-

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1693

plätzen schaffen, einen Raubbau, den wir nicht verantworten können. Ich wäre dankbar, wenn gerade für dieses Grubenholz genügend Kräfte zur Verfügung gestellt werden könnten, denn das ver-
zinst sich doppelt, dreifach, ja zehnfach.

Zum Arbeitseinsatz möchte ich sagen, daß ich seinerzeit Gauleiter Bauckel gebeten habe, er möge uns nicht nur bergfremde Russen anbringen. Aber fest steht, daß mehrere Hunderttausend Bergleute aus dem Donzbecken abgezogen sind ins Reich. Das größte Kontingent an Arbeitern hatte das Gebiet um Stalino gestellt. Es ist aber festzustellen, daß dem Bergbau bisher kein bergtauglicher Mann angedient ist, sondern nur bergfremde Kräfte. Fest steht für mich, dass die im Bergbau tätig gewesenen Leute irgendwo in der Industrie verschwunden sind. Das wird so gekommen sein, daß die Russen alle erklärt haben: wir sind keine Bergleute, weil ihrer Mentalität die Arbeit da unten im Bergbau nicht entspricht. Ich möchte bitten, was mir seinerzeit Gauleiter Bauckel auch schon zugesagt hat, daß da mal eine scharfe Kontrolle ausgeübt wird, damit wir tatsächlich die Bergkämpfer kriegen, denn mit denen erreichen wir in kürzester Frist die Leistung von 100. Wir haben aber tatsächlich fast keinen Bergmann bekommen. Es ist doch nicht die Aufgabe des Bergbaues, heute erst einmal als Lehrmeister zu fungieren, noch dazu in dieser Notzeit.

Dann möchte ich weiter feststellen, daß die jetzige Leistung, die wir im Ruhrgebiet vor allem haben, praktisch nur getragen wird von der Mehrleistung der deutschen Kumpel, und zwar einmal durch Mehrleistung beim Anlernen und dann durch die Überschiebten. Dieser Zustand muß unter allen Umständen kurzfristig behoben werden. Wir können uns diesen Luxus nur noch bis Ende dieses Jahres leisten. Anfang nächsten Jahres müssen wir mit den Schichten herunter. Wir müssen im November drei Sonntagschichten ver-

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1693

fahren, das können wir vom Standpunkt der Erhaltung der physischen Leistungskraft der Leute auf die Dauer nicht verantworten.

S p e e r : Wir wollen erst mal feststellen: wieviel Arbeitskräfte konnten Sie im November in den Arbeitsinsatz bringen?

F i s c h e r : Wir können sofort 44 000 Kriegsgefangene unterbringen und dazu 12 592 Ostarbeiter. Wir können davon an der Ruhr sofort 25 000 Kriegsgefangene und 7 500 Ostarbeiter unterbringen. Ein grosserer Posten ist sofort unterzubringen in Oberschlesien, kleinere Posten in der Braunkohle und noch 4 000 in der Campine. Ab 1. Dezember bringen wir weiter unter 16 500 Kriegsgefangene, davon 16 000 an der Ruhr. Die Baracken sind für das gesamte Programm angeliefert und werden Zug um Zug aufgebaut.

S p e e r : Was können Sie ^{davon} in den Arbeitsprozess einschalten?

F i s c h e r : Das ist schon alles darauf abgestimmt.

S p e e r : Also die können sofort zusätzlich eingesetzt werden?

W i n k h a u s : Nach Überbrückung des Zeitraums, den wir nötig haben, um die Russen soweit aufzupapieren, daß sie für die Arbeit unter Tage fähig sind. Sie werden zunächst über Tage beschäftigt, sodaß sie sich langsam an die Arbeit gewöhnen.

S p e e r : Wie war nach Ihrer Meinung der Ablauf des bisherigen Arbeitsinsatzes?

Hergestellt im
Bundesarchiv
R3/1693

F i s c h e r : Wir haben beantragt beim Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz 191 000 Mann. Der größte Posten davon liegt an der Ruhr mit 90 700. Davon haben wir bekommen bis 24. Oktober 123 172 Mann.

S p e e r : Da muß man doch zunächst noch feststellen, ob 123 000 auch schon etwas ist. Das wollen wir doch gegenüber Sauckel ausdrücklich anerkennen.

P l e i g e r : Er hatte sie uns aber für viel früher versprochen. Man muß doch berücksichtigen, daß wir die Leute erst anlernen müssen, daß wir sie nicht sofort als Bergmänner einsetzen können.

S p e e r : Jedenfalls muß festgestellt werden, daß hier doch auch eine Leistung vollbracht ist.

P l e i g e r : Ich will mich auch nicht beschweren.

H i l d e b r a n d : Die Lage der Leute ist von uns schwer in Ordnung zu halten. Wir haben im Osten bei den einnehmenden Russen besonders der Ostfrontstellungen drüben schnellstens zupacken müssen und die Leute abschleppen müssen. Die Lage ist im Augenblick so, daß wir im Weimarschloß reichlich und in Lagern 30 000 Kriegsgefangene haben, die zunächst für die Achse reserviert waren.

S p e e r : Davon würden für Pleiger die Hälfte in Frage kommen?

Einige

H i l d e b r a n d : Etwa 50 % werden ausfallen. Etwa 50 % ist der Normalersatz der Ausfallenden. Ein schwieriger Punkt sind die restlichen Kriegsgefangenen. Wir sind bei der Zusage

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1693

seinerzeit davon ausgegangen, daß uns Generalfeldmarschall Keitel zugesagt hatte, daß wir 150 000 Kriegsgefangene für diesen Zweck noch erhalten würden. Von denen fehlen heute noch etwa 60 000, und um diese 60 000 bekriegen sich nun die verschiedensten Stellen auch drüben schon. General Wagner, der Generalquartiermeister, ist bei mir gewesen, und hat gesagt, es wäre unmöglich, sie jetzt zu stellen, er wollte die Frist bis Januar hinausschieben. Zugesagt sind uns nunmehr bis Anfang Dezember 60 000.

Ich bemerke, daß bei den jetzt anlaufenden Transporten anscheinend in Ostern schon eine erhebliche Bereinigung in Bezug auf die Qualität vorgenommen wird. Die guten Kriegsgefangenen halt man drüben fest und gibt nur die minderwertigen Ariste weiter, sodaß ich diese 60 000 nicht in der Qualität nicht sehr hoch veranschlagen möchte. Ich glaube, daß der Prozentsatz für die Einsatzfähigkeit im Bergbau geringer sein wird: kaum 60%.

Ausserdem sind im Generalgouvernement in den Kriegsgefangenenlagern 15 000 Mann, die auch in Ordnung sind, die hereinkommen, sobald die 30 000 jetzt verfrachtet sind. Gauleiter Sauckel hat Herrn Pleiger zugesagt, daß auch aus der Umsetzung der Landwirtschaft sofort 10 000 Kräfte Zivilrussen dem Bergbau zur Verfügung gestellt werden. Diese Dinge sind gestern mit Dr. Fischer abgesprochen worden. Wir glauben, daß in etwa 14 Tagen diese 10 000 Mann für den Bergbau zur Verfügung stehen werden, sodaß die Summe sich auf 115 000 stellen würde, wobei ein bestimmter Ausfall je nach der physischen Qualität der Leute nicht zu vermeiden ist.

Sehr grosse Schwierigkeiten macht uns drüben auch bei der Anwerbung geeigneter zu Zivilkräfte, daß uns immer wieder vorgehalten wird, wir müßten den ganzen Bezirk Stalino oder die ganze

Wirtschaftsinspektion Don-Donetz von unseren Werbern freigeben; denn die Leute würden dort restlos gebraucht. Dann allerdings bleibt im Osteinsatz nur eine geringe Zahl, denn was im Augenblick an Zivilarbeitern kommt, kommt überwiegend aus diesen Revieren, während die anderen Reviere verhältnismässig wenig bringen. In den neuen Gebieten, darunter ist die Inspektion Kaukasus, ist es noch sehr schwierig, weil man noch nicht so herankommt, aber die ersten Transporte kommen auch. Aber der Eigenbedarf ist auch dort sehr groß, insbesondere wegen der Mineralöl- und Erdölpläne.

Schwierigkeiten bei den Zubringerwerken und beim Grubenholz sehe ich zahlenmassig nicht. Es wurde schon gesagt, dass für das Grubenholz ungelernte Kräfte genügen. Das könnte in einigen Tagen erledigt sein, denn die Russen Transporte zeigen im Augenblick wieder steigende Tendenz. Wir haben gestern statt sonst 5 bis 6 000 täglich einen Stand von reichlich 10 000 Zivilrussen und mit Kriegsgefangenen insgesamt am Tage gehabt.

Ein gewisser Abgang war auch in dieser Aufstellung, die Herrn Dr. Fischer vorhin hier gab, genannt. Das war mir nicht bekannt. Es haben einige Arbeitsämter Qualitätskräfte unter den Kriegsgefangenen festgestellt und herausgenommen und durch Zivil-ostarbeiter ersetzt. Die Zahlen sind aber nicht groß. Ich weiß nicht, ob wir das unterbinden sollen.

S p e e r : Wenn sie schon angelernt sind, ist es verkehrt, die Leute wieder alle herauszunehmen. Anders ist es, wenn die Leute erst zwei oder drei Tage bei Pleiger sind, und es wird festgestellt, daß Metallarbeiter darunter sind. Da muß eben das Arbeitsamt entsprechend schnell sein.

F i s c h e r : Die Leute sind an sich schon ausgesucht, aber da sind manchmal noch einige Metallarbeiter mit durchgerutscht und mit in den Bergbau gekommen. Ich meine, die sollte man dann ruhig drin lassen.

H i l d e b r a n d : Wir können den Russen nicht auf Herz und Nieren prüfen, ob er früher Metallarbeiter war. Wir wollen ja auch nur 15 000 ansetzen.

F i s c h e r : Von 100 Leuten, die angeworben werden, werden uns bestenfalls nur 80 vorgeführt.

S p e e r : Also vorsichtig 15 000.

H i l d e b r a n d : Und dann die 80 000, bei denen die Schwierigkeiten grösser sind.

S p e e r : Da muß man einen geringeren Prozentsatz annehmen. Etwa 20 000.

P l e i s e r : Davon habe ich mich selbst überzeugt. Ich habe die neuen Gefangenen da bei dem Aufbau der Zementfabrik bei Stalino gesehen. Da habe ich gesehen, daß denen, die aus dem Gebiet Stalino kommen von den Russen und Italienern erst mal alles weggenommen wird, was sie an Mänteln und Bekleidung haben. Und wenn man sich die Gestalten ansieht, dann sind sie nicht mal in der Lage, einen Ziegelstein eine Hand weitzureichen. Die sind vollkommen heruntergekommen. Es kann uns ja nicht dienlich sein, wenn wir da erst ein Sanatorium vorschalten müssen, bevor wir die Leute auch nur über Tage einsetzen können.

S p e e r : Die dürfen sich ~~durchaus~~ nicht darüber beschweren, daß der Führer denen drüben die Getreidebasis weggenommen hat.

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1693

P l e i g e r : Ich stelle nur die Tatsache fest. Von uns wird ja die Kohle verlangt. Und wenn man uns solches Kruppzeug anbietet, können wir praktisch damit nichts anfangen. Die Auslese findet ja schon vorn an der Front statt.

S p e e r : Die 20 000 sind aber nicht bis 1. Dezember im Einsatz?

H i l d e b r a n d : Sie sollen hier sein bis 1. Dezember.

S p e e r : Und was kann von den 20 000 bis 1. Dezember eingesetzt werden?

F i s c h e r : Der Aufenthalt im Stalag dauert wenigstens 7 Tage, dann kommt der Transport vom Stalag zum Heimatstalag, und dann vom Heimatstalag zur Zeche.

S p e e r : Mit 10 000 könnten wir aber doch wohl rechnen.

H i l d e b r a n d : Dann kommt das Generalgouvernement. Da sind in Uebergangslagern 15 000 Kriegsgefangene. Davon kann man mit 7 500 rechnen. Und dann noch die 10 000, die wir aus der Landwirtschaft herausziehen. Da ist Weisung gegeben, daß nur beste gesunde Kräfte herausgezogen werden, und zwar beider. Kriegsgefangene und Ostarbeiter.

P l e i g e r : Ich wäre dankbar, wenn einmal die Frage diskutiert würde, ob man nicht aus der Landwirtschaft noch mehr herausholen könnte. Denn da stecken die Hunderttausende von Bergleuten aus dem Donezgebiet drin. Ich glaube auch, daß man aus der Landwirtschaft noch mehr als 10 000 in den Bergbau reingeben könnte. Es ist auch leichter, in der Landwirtschaft jemand aufzupäppeln als in einem geschlossenen Lager, wo schnell

11

Epidemien auftreten.

T i m m: 10 000 war die Zahl, die Sie genannt hatten. Es werden überwiegend Zivilleute sein. Aber wir werden wahrscheinlich im November auch andere Programme erfüllen müssen, wir die wir aus der Landwirtschaft 200 bis 300 000 Kräfte herausholen müssen.

S p e e r: Das kommt später in einer anderen Sitzung. Wir wollen jetzt nur einen Überblick haben, was an sich möglich ist. Die 10 000 kann man nicht als Kriegsgefangene rechnen.

P l e i g e r: Die 10 000 sind ja nur zur Auffüllung der Lager für Zivilarbeiter gedacht.

S p e e r: Sie würden doch bei meiner Ansicht nach durchaus optimistischen Schätzung etwa 32 000 Kriegsgefangene im November bekommen, denn die 10 000 Landarbeiter sind ja Ostarbeiter, und die Frage ist, weil Sie hier unterteilt haben zwischen Kriegsgefangenen und Ostarbeitern: Macht es Ihnen etwas aus, wenn Sie statt 32 000 Kriegsgefangenen den Rest von 12 000 in Ostarbeitern bekommen.

P l e i g e r: Nein, im Gegenteil. Wir haben uns nur mit Kriegsgefangenen begnügt, weil wir uns sagten: wir haben ja einen straffen militärischen Einsatz, und wir können sie einheitlich ernähren.

S p e e r: Sie haben sie bevorzugt, nicht sich damit begnügt!

P l e i g e r: Wir haben angenommen, sie kämen mit solchen Backen an, und es wären die Russen, die früher in ihrem Gebiet

12

schon im Bergbau gearbeitet haben.

S p e e r : Jedenfalls ist ohne weiteres möglich, die Kriegsgefangenen, die nicht kommen, durch Ostarbeiter zu ersetzen.

W i n k h a u s : Solange die Zahl von 12 600 nicht überschritten wird, jederzeit sofort. Wenn es mehr wären, müssten wir Lager vorbereiten, Stacheldraht ^{entfernen} ~~entfernen~~ usw.

S p e e r : Es ist nur wegen des gemischten Betriebs in den Gruben. Sie können nicht die russischen Kriegsgefangenen und die Zivilarbeiter nebeneinander halten.

W i n k h a u s : Das brauchen wir heute nicht mehr so auseinanderzuhalten.

F i s c h e r : Dabei ist eine Frage noch zu beachten. Gestern kam ein Anruf aus der Ostmark: selbstverständlich könnten sie sofort Kriegsgefangenenlager auf ~~Stützpunkt~~ Zivilarbeiterlager umstellen. Vom Bergbau aus macht das keine Schwierigkeiten. Nur legen sich die Arbeiter quer in dem Punkt, wo wir sie in Pferdeställe Ostarbeiter reinbringen. Aber ich glaube, über diesen Punkt kommen wir weg, wenn die Zentrale Planung den Einsatz von Ostarbeitern befürwortet.

S p e e r : Vorübergehend müsste es gehen, für weitere Sicht müssten wir sie besser unterbringen als Kriegsgefangene.

Wir können also mit 32 560 Kriegsgefangenen rechnen. Und dann wäre der Schulbedarf an Ostarbeiter 12 000 aus der vorderen Spalte und 12 000 hier, das wären 24 000 für den eigentlichen Bergbau im November.

(Zuruf.)

1238

Hergestellt im
Bundesarchiv
R3/1693

Weniger 10 000, die aus der Landwirtschaft kommen. Dann haben Sie noch einen Fehlbedarf von 14 000 und den Fehlbedarf von 7 500 für die Industrie, und dann noch 5 000 für das Grubenholz.

- Sind die 7 000 für die Industrie für sofort?

(Zuruf: Sofort! ~~Die~~ Die müsste heute schon da sein.- Das ist einmalig.)

F i s c h e r : Die Ziffer von 44 000 ergibt sich dadurch, dass wir errechnet haben, was wir heute an Lagern fertig stehen haben. Den Gesamtbedarf können wir sofort einsetzen.

S p e e r : Theoretisch! Praktisch hat Herr Pleiger betont, daß er nur ein gewisses Quantum sofort im Bergbau unterbringen kann. Sie können sie ja so schnell nicht alle anlernen.

P l e i g e r : Ich kann sie sofort einsetzen; ich kann sie über Tage beschäftigen und langsam aufpfeifen. Ich kann sie nur nicht - das habe ich gesagt - sofort in die Grube bringen.

M i n k h a u s : Wir nehmen alles, was uns zur Verfügung gestellt wird innerhalb der 104 000 Mann.

M i l l e r : Von den 104 000 sollen 42 000 gestellt werden. Dann würde noch ein Fehlbedarf von 62 000 sein, der möglichst schnell in der nächsten Zeit herankommt. Und dazu kommt der Bedarf für die Zubringerindustrie mit 7 500 und für Grubenholz mit 5 000. ~~xxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxx~~

P l e i g e r : Die Kräfte für die Zubringerindustrie dürfen aber nicht nur Russen sein, sondern es müssen Konstrukteure dabei sein. Da hatte ich den Vorschlag gemacht, daß wir aus den Eisenkonstruktionswerkstätten Konstrukteure usw. verpflichten.

S p e e r : Wir hatten vor, über das Hauptamt für Technik und die technischen Vereine einen Erlass herauszugeben und die Dienstverpflichtung derjenigen Angestellten und Techniker vorzunehmen, die irgendwie noch nicht ganz kriegswichtig eingesetzt sind.

Aber die Zahl von 258 technischen Angestellten für die Zugsbrückenindustrie scheint mir doch etwas hoch.

F i s c h e r : Das ist die untere Grenze.

P l e i g e r : Ich möchte noch einmal feststellen: der Gesamtzahl von 123 172 Mann, die bisher gestellt worden sind, stehen gegenüber an Abgekehrten 36 642. Wir müssen weiter berücksichtigen, daß wir monatlich ungefähr 1 000 Mann an deutschen Arbeitern an der Ruhr an Verlust haben: durch Unfall, Todesfälle usw. Es muß also eine gewisse Auffüllung automatisch erfolgen. Wir basieren eigentlich auf den Prozentsatz, den wir anfordern, noch einen Wertfaktor draufschlagen. Abgeklärt sind von den Kriegsgefangenen von 8 051, von den Ostarbeitern 8 150, von sonstigen Ausländern 19 641. Diese Fehlmengen führen dazu, daß praktisch keinerlei Befriedigung im Ruhrbergbau bisher stattgefunden hat.

M i l c h : Wie ist diese Abkehr der Kriegsgefangenen zu erklären?

P l e i g e r : Durch Krankheit und Unbrauchbarkeit, z.T. auch durch Selbstverstümmelung.

(Milch: Was machen Sie damit?)

Sie werden an die Stalags zurückgegeben.

Ich möchte ausdrücklich darauf aufmerksam machen, daß ein großer Teil der eingesetzten Kriegsgefangenen heute bei einer Leistung steht, die nur bei 25 % liegt, also Miniarbeitung und Be-

wahrung haben wir noch lange nicht hinter uns. Da wird bestimmt noch ein grosser Prozentsatz ausfallen.

Daran wäre ich dankbar, wenn wir mit einer Erhöhung der Kräfte in der Landwirtschaft möglichst schnell zum Zug kämen.

S p e e r : Wir wollen vorerken für die Sitzung über die Verteilung der Arbeitskräfte, daß man den Personalbedarf für den Bergbau vorzugsweise aus der Landwirtschaft heraus zu decken sucht. Ich bin gern bereit, Herrn Pfeiffer zu der Sitzung hinzuzuziehen.

Damit können wir wohl den Arbeitseinsatz verlassen.

S p e e r : Einen Punkt noch: Unsere Arbeit im Bergbau wird immer wieder dadurch beunruhigt, daß irgendein Arbeitsamtvertreter auftaucht und noch Leute herausucht: Schuhmacher, andere Handwerker, Elektroschweißer usw.

T i m m e : Ganz unterbinden kann man das nicht. Meist wird erst nach und nach festgestellt, daß noch Qualifikationskräfte da sind. Elektroschweißer kann man nicht gut unter Tage arbeiten lassen, die brauchen wir anders wo.

P f e i f f e r : Aber es sollte den Betriebsführer überlassen sein zu bleiben, solche Leute herauszuziehen, und nicht dem Arbeitsamt. Dadurch entsteht immer nur Unruhe in den Betrieben. Da sagt jeder, er wäre Elektroschweißer, denn jeder will gern heraus. Ich wäre dankbar, wenn die Arbeitsämter die Anweisung bekämen, daß die Betriebsführer von sich aus die Verpflichtung haben, etwaige Spezialkräfte, die sie im Bergbau haben, zu melden. Es ist ja auch nicht so, daß wir auf dem Gruben unter und über Tage keinen Elektriker benötigen.

M i l l e r : Ich wurde vorgeschlagen, daß man den gesamten Bergbau für eine solche Abziehungen bis 1. Juli nächsten Jahres vollkommen schützt. Es kann aber zwischendurch ein Austausch dann stattfinden, wenn die Grube einverstanden ist daß ein Schloßer oder Schweißer ausgetauscht wird, wenn die Grube dafür einen gelernten Bergmann als Ersatz bekommt.

P l e i g e r : Danke schön! Damit bin ich einverstanden.

T i e m m : Das würde praktisch bedeuten, dass wir keine Qualitätsleute mehr herausbekommen.

M i l l e r : Aber dann kommt doch Ruhe in den Bergbau.

G a b e l : Ich halte das hier aufgestellte Programm für sehr optimistisch. Wir werden bei den Vri Gefängnissen im Ruhrbergbau eine Leistung nicht über 25 % bekommen. Die Förderungszahlen, die hier angegeben sind, halte ich für reichlich optimistisch. Hinzu kommt der normale Abgang im Bergbau, der bei 4% liegt. Und dann drückt uns besonders der Einsatzbedarf an Bergwerksmaschinen. Die 7 500 Mann, die hier für die Bergwerksmaschinenindustrie angesetzt sind, müssten sofort beschafft werden.

S p e e r : Da helfen wir doch mit dem System der roten Karten.

G a b e l : Wir haben die Sorge wegen der Bergwerksmaschinen nicht nur im Kohlenbergbau sondern im gesamten übrigen Bergbau auch. Die Bergwerksmaschinenfabriken sind z.T. mit Wehrmachtsaufträgen belastet.

17/25

S p e e r : Wenn schon irgend o seit längerer Zeit Wehr-
machtsaufträge in einem Betrieb sind, können wir sie nicht her-
ausdrängen, aber wir können dafür sorgen, daß keine neuen Wehr-
machtsaufträge hinein kommen.

Hergestellt im
Bundesarchiv
R3/1693

Dr. Janicke/Fr

26

W i n k h a u s : Bei der Bergbauzubringerindustrie wäre noch ein absoluter Schutz gegen Abziehungen notwendig. Es wurde schon mehrfach betont, daß das nicht erfolgen sollte. Aber gerade in einer Besprechung mit Sauckel wurde noch in voriger Woche betont, und zwar vom Direktor des Arbeitsamts in Dortmund, daß eine Anweisung vorläge. Wenn er auf einen roten Schein hin Dürckopp 250 Leute stellen müsse, könne er nicht anders als auf die Bergbauzubringerindustrie zurückzugreifen.

S. p e e r : Es ist mit der Zentrale von Sauckel hundertmal abgesprochen worden, daß die Scheine nicht durch Zurückgreifen auf Rüstungsbetriebe oder andere wichtige Betriebe abgedeckt werden sollen. Alle Fülle, die dagegen verstoßen haben, habe ich mir geben lassen. Dabei sind insgesamt 1500 Mann herausgekommen, die fälschlicherweise aus Betrieben, die eigentlich hätten geschützt werden müssen, zugunsten der roten Kartenaktion herausgezogen wurden. Herr Pleiger hat schon vor 3 Jahren einen solchen Musterfall vorgebracht.

(Winkhaus: Der Fall bei Schüchtermann & Cremer war vor 4 Wochen!)

Wir erziehen jetzt die Arbeitsämter so - das habe ich mit Sauckel abgesprochen -, daß sie diejenigen, die sie fälschlich herausgezogen haben, wieder zurücküberweisen; die damit verbundene Arbeit wird auf die Dauer so unbequem, daß sie doch die Finger davon lassen und nur da verpflichten, wo es tatsächlich richtig ist. Ihr Fall ist bei den insgesamt 1000 mit enthalten. Wir dürfen uns auch nicht dadurch verrückt machen lassen, wenn mal Mann aus ~~Vorsehen~~ durch einen hitzigen Arbeitsamtsdirektor

1244

setzt werden. Daraus darf man nicht schließen, daß das generell geschieht. Wenn Sie noch mehr Fälle bringen, werden wir sie über Sauckel zur Rückbereinigung weitergeben.

W i n k l e r : In voriger Woche waren 2 Fälle, die ich persönlich mit dem Arbeitsamt bereinigt habe.

S p e e r : Man kann von einem Arbeitsamtsdirektor nicht verlangen, daß er nun über alle möglichen Fachkenntnisse verfügt. Er soll für die Wehrmacht Arbeitskräfte besorgen und sagt sich: ich kann die Forderung nur aus dem zivilen Sektor befriedigen. Der Bergbau ist auch ein ziviler Sektor, also nimmt er die Kräfte dort eben weg. Das sind aber immer nur Einzelfälle, und es handelt sich immer nur um ein paar Männer. Gauleiter Siggruber hat mir recently gesagt, er braucht kleine Elektromaschinen für seine Seilaufzüge, er könne die kleinen Elektromotoren dafür in großer Zahl bekommen, ob ich welche davon brauche. Daraufhin habe ich gesagt: Geben Sie mir die Liste, wer das alles angeboten hat. Siemens, AEG, alle miteinander bieten 150 oder 200 Motoren an. Da ist es gut, wenn der Arbeitseinsatzmann dazwischenkommt.

GenFeldm. M i l l e r : Die Werke müssen aber auch selber in ihren eigenen Betrieben umsetzen. Nicht jede Arbeitsstelle ist gleichmäßig ausgelastet, sondern es gibt viele Leute, die man auch qualitativ umsetzen kann. Wir möchten nicht, daß das von betriebsfremden Stellen gemacht wird, sondern daß die Werke es selber tun.

S p e e r : Wenn wir das System durchführen würden, würde sonst nach 2 Jahren keine Arbeitskraft mehr am bisherigen Beschäftigungsort sein.

Hergestellt im
Bundesarchiv

13/11/00

M i l l e r : Wir würden es weniger machen, als wenn es eine betriebsfremde Stelle wäre. Wir nehmen trotzdem Leute von Dessau nach München, suchen aber dann die Leute aus, die nicht verheiratet sind, soweit es möglich ist, weil wir ja auch für die Unterbringung der Leute sorgen müssen. Sonst laufen uns die Leute weg, wenn man sie dort hinbringt, wo sie nicht gern sein mögen.

S p e e r : Das wollen wir in der Besprechung mit Sawckel erledigen.

F i s c h e r : Bei der Zubringerindustrie ist noch eine Unklarheit. Am 3. Oktober hat der Herr Minister an Plieger geschrieben, daß Dienstverpflichtungen bei den Zubringerfirmen nicht mehr erfolgen würden. S u c h hat an Plieger geschrieben, daß Dienstverpflichtungen nicht erfolgen dürften aus den Aufbereitungsfirmen, aus den Lampenfirmen und aus den Firmen für Großförderungsgüter für die Braunkohle. Das sind die engsten Querschnitte für uns, aber nur dreien, und zwar in der großen Kategorie der gesamten zu schützenden Firmen. Vielleicht wäre es gut, wenn in Ihrem Schreiben, Herr Minister, klar festgehalten würde.

S p e e r : Das werden wir bei den Besprechungen mit ~~Sawckel~~ Sawckel behandeln. Wir dürfen uns bei der Arbeitseinsatzfrage nicht im Kreise drehen. Die jetzt durchzuführende Aktion, um irgendeinen Bedarf abzudecken, ist nur eine Aktion, der die nächste folgt, um den Bedarf abzudecken, der sich bei einem anderen Bedarfsträger inzwischen angestaut hat. Davon wissen die Arbeitseinsatzbehörden unten nichts. Wenn wir jetzt den Bergbau abdecken, kommt dann der Maschinenbau in großen Größen. Die Arbeitseinsatzbehörde weiß aber nicht, daß das nächste Mal der Maschinenbau vor-

gesehen ist, und nicht Leute vom Maschinenbau weg, um sie dem Bergbau zu geben, und das nächste Mal ist es wieder umgekehrt. Ich habe das mit Sabockel eingehend besprochen, und er hat zugesagt, daß wir da nicht mehr kleinlich verfahren wollen, sondern im großen alles, was die Berechtigung hat, Schlüsselkräfte zu haben, von Umsetzungen zu verschonen, wenn nicht der Auftragsbestand dieser Firmen irgendwie abgesunken ist.

L a n g e : Praktisch geschützt sind 20 Betriebe. Dabei fehlen aber sehr wichtige Betriebe für Maschinen Untertage, die nicht geschützt sind. Es sind 106 Betriebe, die man aber zahlenmäßig begrenzen kann.

S p e e r : Ich bin langsam etwas misstrauisch geworden. Generell wird über die Arbeitseinsatzstelle kolossal geklagt. Wenn aber die Beispiele verlangt, werden 20 oder 30 Mann angegeben, die abgezogen sind. Wenn Sie aus den letzten Wochen Fälle haben, in denen Umsetzungen aus den 106 Firmen vorgenommen sind, nennen Sie sie uns. Wir würden versuchen, die Leute zurückzuführen.

L a n g e : Wir haben keine Schwierigkeiten gehabt. Gerade im Bergbausektor hat es gut funktioniert.

S p e e r : Ihr sollt uns aber auch nicht verrückt machen. Im Notfalle muß es Nikolai gemeldet werden, der das in Ordnung bringt. Ich muß verlangen, daß, bevor etwas hierherkommt, versucht wird, mit den Arbeitseinsatzstellen es klarzustellen. Erst wenn Sie dort nicht weiterkommen, kommen Sie zu uns.

W i n k h a u s : Praktisch ist es doch so, daß die Bergbauzubringerindustrie zu einem wesentlichen Teil vom Zusammen-

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1693

bau lebt. Die Gesenkschmiede müssen ihr zuliefern. Der beste Schutz nützt nichts, wenn nicht dafür gesorgt wird, daß sie das, was sie unbedingt nötig hat, vordringlich bekommt. In der gesamten Bergbauzubringerindustrie ist eine Überdeckung von Aufträgen vorhanden.

S c h l e b e r : Ich möchte glauben, daß das Exerzieren in den letzten Wochen, wo wir die dringendsten Anforderungen des Bergbaus durch Einzelaufträge haben decken können, völlig ausreicht. Wenn es so weitergeht wie in den letzten 4 Wochen, ist dem Bergbau besser gestellt als durchs Stichwort, das niemand mehr deckt. Wir haben durch Einzelaufträge alles bereinigen können.

S p e e r : Auch gegen die Einzelaufträge bin ich im Laufe der Zeit mißtrauisch geworden. Dieses System können wir nicht mehr beibehalten. Wir müssen mit den Ringen darüber sprechen. Wir nehmen mit den Einzelaufträgen einem anderen wichtigen Betriebe etwas weg.

S c h l e b e r : Wir müssen die Termine so legen, daß derjenige, der den ~~am~~ vordringlichsten Termin hat, auch den Termin bekommt.

M i l l e r : Alle Sonderklassifizierungen schlagen etwas ~~das~~ Wichtiges kaputt. Das ist die Gefahr dabei. Es wäre leichter zu sagen: die und die Sachen brauchen überhaupt nicht gemacht zu werden, sondern sie kommen hinterher, wenn die anderen Forderungen erfüllt sind. Dieses Verfahren wäre günstiger.

S p e e r : Wir haben es sich vor, auch im Monat November im Arbeitseinsatz die Zulieferungsindustrie besonders mit Ar-

Hergestellt im
Bundesarchiv
R3/1693

beitskräften zu bedenken. Die Ausweitung in der oberen Ebene bei den Verarbeitern ist schon so groß, daß jede weitere Ausweitung keinen Zweck hat, wenn ich nicht unten aufbaue. Deshalb ist es dringend notwendig, daß wir den Betrieben unten etwas geben. Die Firmen helfen sich zum Teil selbst, indem sie Leute an die Unterlieferanten bestellen. Wir müssen aber auch sehen, von uns aus etwas zu machen.

P l e i g e r : Herr Minister, ich muß aber darum bitten, daß im Einzelfall besonders durchgegriffen wird. Nehmen wir nur den Fall Brixl. Ich hatte das komplette Hydrrierwerk stehen. Dazu muß die Wäsche, das Abreumgerät usw. geschafft werden. Wird diese Voraussetzung nicht erfüllt, so liegt die gesamte Einheit mit ihrer Kapazität und riesiger Investition praktisch still und kommt nicht zum Tragen.

S c h l i e s e r : Trotzdem sind Sie in dem Falle das Opfer der Dringlichkeit geworden, weil der ObChem mit seiner Hydrrieranlage immer vorn lag und der Bergbau hinten.

G a b e l : Wir haben ein Reihenprogramm aufgestellt, und zwar nach der Wichtigkeit. Es ist wunderbar abgelaufen.

S p e e r : Das ist richtig!

S c h l i e s e r : Ich glaube, daß gerade in den letzten 4 Wochen die Zubringerindustrie für den Bergbau ohne wesentliche Störungen hat befriedigt werden können. Das ist nicht immer auf den Tag möglich. Wenn Sie aber jetzt ein Stichwort bekommen, Pleiger, bekommen Sie nichts und schlagen noch andere Leute damit tot.

(Zustimmung des Herrn Pleiger.)

F i s c h e r : Herr Minister hatten die Freundlichkeit, in Aussicht zu stellen, daß die Einziehung des Jahrganges 1924 bis Februar hinausgeschoben werden soll. Das betrifft in den Provinzen Aachen, Ruhr und Saar 3050 Mann.

B e c h t : Diese Zahlen haben wir bekommen und haben sie an das Allgemeine Heeresamt weitergegeben. Das sagt, es müsse die Entscheidung von Benfeldm. Keitel herbeigeführt werden. Wir haben die Mitteilung vom Allgemeinen Heeresamt bekommen, daß das Reichswirtschaftsministerium erklärt haben soll, auch der gesamte übrige Bergbau müsse entsprechend behandelt werden. Ich möchte nur zur Entscheidung stellen, ob das der Fall ist oder nicht.

S p e e r : Der Jahrgang 1924 soll grundsätzlich eingezogen werden. Die Aktion im Bergbau wäre die erste Ausnahme, die wir machen.

G a b e l : Wie steht es mit dem Kupferbergbau? Ich muß doch auch da den Bedarf decken, und wenn zusätzlich Leute noch abgesogen werden, wird der dringende Bedarf sofort größer. Kohle ist in diesem Fall das Vordringliche, ohne sie kann ich kein Kupfer raffinieren und erschmelzen. Aber auch der übrige Bergbau muß sichergestellt werden, wenn nicht Neckenschläge kommen sollen.

S p e e r : Der Jahrgang 1924 wird nicht endgültig für den Bergbau gesichert, sondern nur zum Anlernen der Russen.

M i l c h : Machen Sie doch ein Programm, Herr Oberberghauptmann, für den anderen Bergbau außer Kohle, und stellen Sie auf, was und zu welchem Termin Sie es brauchen.

Hergestellt im
Bundesarchiv
R3/1693

F i s c h e r : Eine große Schwierigkeit bereitet uns noch die Ausrüstung der hereinkommenden Kriegsgefangenen und Ostarbeiter mit Schuhen und Kleidung.

S p e e r : Das wissen wir. Sauckel hat eine Aktion eingeleitet, um diese Wünsche nach Möglichkeit zu befriedigen. Das ist etwas, was allgemein drückt. Ich wäre dankbar, wenn wir jetzt zum

V e r k e h r

übergangen, und zwar zunächst zur Frage Oberschlesien.

G a n z e n n ü l l e r : Wir haben im Laufe des Juli und August die gewünschte Wagenmenge in Oberschlesien gestellt. Herr Heinberg ist in ständiger Fühlung mit den Verkehrsstellen, und wir haben die Wünsche für Oberschlesien vordringlich sogar gegenüber der Ruhr erfüllt. Ich möchte aber darauf hinweisen, daß im Herbstverkehr ein gewisser Rückgang eintreten wird, weil wir in diesem Jahr bei der dreifachen Kartoffelernte und der großen Rübenenernte eine ungeheure Spitze im Kartoffel- und Rübenverkehr haben. Für das Protektorat haben wir hierfür im vorigen Jahre 500 Wagen gestellt, jetzt rund 8000. Stimmungsmäßig wird im Einvernehmen mit dem Reichsernährungsminister zunächst die Kartoffel befördert. Die Spitze ist hier aber bereits im Abflauen begriffen. Die Gestellung der Wagen für Kartoffeln trifft allerdings weniger die Kohle, weil es sich um G-Wagen handelt. Bei den O-Wagen ist die Spitze noch weiter durchgehalten, wir sind aber bereits in den letzten Tagen um 4000 Wagen zurückgegangen, so daß wir die Kohle wieder bevorzugt behandeln konnten. Inzwischen ist die Wagengestellung in Oberschlesien wieder auf 22 000 Wagen gestiegen und wunsche-

Hergestellt im
Bundesarchiv
R3/1693

Leuthale Planning

30. 10. 1942

Der Beauftragte für den Vierjahresplan Berlin, den 31. Oktober 1942.

Zentrale Planung

Z.P.10.

Ergebnisse

der 21. Sitzung der Zentralen Planung am 30.10.1942.

Arbeitseinsatz November 1942.

1. Bedarf.

Der November stellt besonders hohe Anforderungen an den Arbeitseinsatz, da es darauf ankommt, über den laufenden allgemeinen Bedarf hinaus die Grundindustrien aufzufüllen, um für die Fertigung die tragende Basis zu schaffen. An Hand der vom Rüstungslieferungsamt eingereichten Liste wird der folgende vordringliche Bedarf für November 1942 festgestellt:

Zuweisung	169 000
Zusatz	149 000
+ 50 % Fluktua- tions-Ausgleich	<u>75 000</u>
	393 000

Ausgleich für Einziehungen	<u>100 000</u>
-------------------------------	----------------

rd. 500 000.

Der Zusatzbedarf soll durch das Rotzettelverfahren gedeckt werden, soweit es sich um verhältnismäßig geringe Zuweisungen, insbesondere für kleinere Betriebe handelt, während das Rotzettelverfahren überall dort nicht zur Anwendung kommen soll, wo es sich um große Zuweisungen handelt.

Der GBA soll bei der Marine darauf einwirken, daß die Fluktuation verringert wird, insbesondere sind alle Abkommandierungen nicht als Fluktuation anzuerkennen. Allgemein ist zur Verringerung der Fluktuation das Summelantwesen scharf anzufassen, insbesondere durch Erhöhung der Zahl der Vertrauensärzte und durch Zugriff der Polizei (Dienstverpflichtung der Summelanten zur Schwerstarbeit und Überweisung in Konzentrationslager). Die Einziehungen

zur

3016

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1689

- 2 -

zur Wehrmacht aus der Industrie werden bis 31. Dezember 1942 182 000 Mann betragen, so daß für November rd. 100 000 zu rechnen sein werden. Die Forcierung des Kohlenbergbaues nach Kriegsgefangenen kann auch durch Ostarbeiter gedeckt werden.

Die in der Liste des RLA nicht aufgeführten Anforderungen wie z.B. Seeschifffahrt 1 200 Mann (Schiffsbesatzung), Erzbergbau 3 300 Mann, Reichsbahn 3 000 Mann, ferner für Erdölförderung, Treckerfertigung, landwirtschaftliche Reparaturwerkstätten, Forstbedarf usw., sollen zur weiteren Besprechung am Montag, den 2. November 1942, genau ermittelt werden und zusammen mit der Liste des RLA auf die insgesamt zur Verfügung stehende Deckung abgestimmt werden.

2. Deckung.

Im Oktober ist das Programm von 300 000 Mann erfüllt worden, im November sollen 400 000 gestellt werden, dazu kommen 200 000 Umsetzungen aus der Landwirtschaft, so daß insgesamt 600 000 zur Verfügung stehen werden (Umsetzung aus der Landwirtschaft in die Forstwirtschaft (50 000) und Zuweisung von Hauspersonal (140 000) rechnen besonders).

Zur Kriegsgefangenenengstellung wird bestimmt, daß die Wehrmacht über bei der O.T. geschlossen eingesetzte Kriegsgefangeneninformationen nicht verfügen darf. Im übrigen soll die Betreuung der Kriegsgefangenen vom Stalag an einschl. in Zukunft durch den GBA erfolgen. Die Zusammenarbeit zwischen GBA und O.T. soll durch Rücksprache Timm/Dr. Fränck/Schmelter/Brugmann geregelt werden. Die von Reichsmarschall angeordnete Sperrung für Arbeiterinzichungen links des Don soll gelockert werden (Staatssekretär Körner). Der Erlaß des Führers über die Sperrung im Kaukasusgebiet ist dahin auszulegen, daß Gaulleiter Sauckel den Auftrag hat, vorrangig den Arbeiterbedarf der Landwirtschaft und der Erdölförderung in diesem Gebiet zu sichern.

Abschließend weist der GBA darauf hin, daß noch große Arbeiterreserven in Frankreich, im Generalgouvernement und im Protektorat vorhanden sind, auf die zuerst zurückgegriffen werden muß, bevor man zu rigoroseren Maßnahmen im Reich selbst übergeht. Die energische Auskämmung dieser Gebiete soll durchgeführt werden. Eine weitere starke Reserve steckt in den Möglichkeiten der Leistungssteigerung, die

3017

insbesondere

3018

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1689

- 3 -

insbesondere durch eine bessere Behandlung der Russen zu erwarten sein wird. Die Erfolge der Akkordvereinigung in Thüringen sollen auch in anderen Gauen, insbesondere im Gau Berlin, durchgeführt werden. Hierzu sagt die Zentrale Planung die Unterstützung des GBA gegenüber den Betriebsführern zu..

Dr. S t e f f l e r .

Anweisend:

Reichsminister Speer
Generalfeldmarschall Milch
Staatssekretär Körner

Gauleiter Sauckel
Lin.Dirig. Timm
Min.Rat Letsch
Oberreg.Rat Hildebrandt

Staatsrat Schieber
Gen.Maj. Jaeger
Oberstltm.v.Nicolai
Dr.Jng. Goerner
Dr. Mommsen
Dipl.Kfm. Tauscher

Lin.Dir. Gramsch
Lin.Rat Steffler

Oberst-Jng. Sellschopp
Oberst Rückner
Oberstltm. Satz

G B A

"

"

"

RM.f.B.u.Lun.

"

"

"

"

"

V.P.

"

B L M

"

"

Verteiler:

3013

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1689

- 4 -

Verteiler:

Reichsminister Speer	1. Ausfertigung
Generalfeldmarschall Milch	2. "
Staatssekretär Körner	3. "
Staatsrat Schieber	4. "
Min.Dir. Gajka	5. "
Min.Dir. Gramsch	6. "
Dr. Jng. Goerner	7. "
Min.Rat Steffler	8. "
Gauleiter Sauckel	9. "
Gen.Major Mauger	10. "
Registratur	11.+ 12. "

3019

3019

Kap. 502

1

Nbg. Kriegsverbrecherprozesse

I Photokopien

Z: 11

Zentrale Planung
Stenogramm der 21. Sitzung
30.10.42

1044-1065

(Blatt 667-688)

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1697

Stenographischer Bericht

der

21. Besprechung

der

Zentralen Planung

betreffend Arbeitseinsatz

am 30. Oktober 1942 nachmittags

im Reichsministerium für Bewaffnung und Munition,

Berlin, Pariser Platz 3

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1697

Arbeitsseinsatz für November 1942

Minister S p e e r geht zunächst den Zuweisungsplan für November 1942 durch und gibt zu den einzelnen Positionen Erläuterungen.

Eine stenographische Niederschrift ist über diesen Teil der Verhandlungen nicht gefertigt worden.

Abschließend wird festgestellt, daß sich insgesamt 169 000 Mann Zuweisungen und 149 000 Mann Zusatzbedarf ergeben, davon 79 000 über rote Karten.

H i l d e b r a n d t : Beim Zusatzbedarf müßten wegen der scharfen Sperrvorschriften 50 % gleich 75 000 Mann aufgeschlagen werden, so daß sich ^{der} ~~der~~ Zusatzbedarf auf 225 000 Mann, der Gesamtbedarf mit Zuweisungen auf rund 400 000 Mann stellt.

S p e e r : Dazukommen noch die Einberufungen mit noch einmal 100 000 Mann.

T h i m m : Diese Einberufungen, die jeden Monat bevorstehen, sind zum Teil bei den Anforderungen bereits berücksichtigt.

S p e e r : Wenn die Einberufungen extra gerechnet werden, dann kann man die Fluktuation um etwa 20 000 geringer ansetzen.

H i l d e b r a n d t : Werden die Betriebe alle einzeln benannt?

(Speaker: Ja, bis auf die großen Posten.)

- Das würde aber nur ein Bruchteil sein. Rund 300 000 würden demnach über Listen oder Karten laufen müssen. Das bedeutet einen schwierigen Apparat.

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1697

S p e e r : Es geht nicht anders. Wenn wir nur hinein-schreiben: 12 000 für Munition, dann würde es verkehrt laufen. Bei der Munition interessiert uns nur die Infanteriemunition und auch da wieder nur bestimmte Werke, die die Fertigung an Infanteriemunition schnell hochlaufen lassen können. Bei der Infanteriemunition ist ja 3 Jahre lang nichts gemacht worden. Infolgedessen sind die Arbeitskräfte abgewandert und müssen jetzt erst wieder herangeholt werden.

S a v e k e l : Ich möchte von vornherein sagen: Alles, was überhaupt technisch zu schaffen ist, ist, daß wir 400 000 Mann im November hineinbringen. Die Spitze von 400 000 auf 500 000 kann im besten Falle mit Ersatz aus der Landwirtschaft geschafft werden. Nun will aber die Luftwaffe schon 100 000 Mann aus der Landwirtschaft für sich haben.

M i l l e r : Alle drei Wehrmachtsteile haben hier eine Forderung von 411 205 Mann Sofortbedarf. Die Forderung ist vorläufig mit 71 500 Mann befriedigt worden. Ein paar tausend Mann mögen schon durch die anderen Zuteilungen bei den Schlüsselindustrien berücksichtigt sein. Trotzdem dürfte die Zuteilung, die wir bekommen haben, insgesamt 25 % nicht übersteigen. Diese Zahl ist natürlich völlig unzureichend. Es muß also noch irgend etwas für die Rüstung gesehen werden.

(Speer: Die Zahl von 411 000 ist ja kein Sofortbedarf.)

- Bei uns ist diese Zahl Sofortbedarf, Leute, die jetzt schon unmittelbar fehlen. Die Luftwaffe hat eine unmittelbare Forderung von 148 105, und als Zuteilung sind 15 000 vorgesehen.

S p e e r : Alle Anforderungen könnte man nur erfüllen wenn man, wie es der Russe macht, beim Arbeitsinsatz alles,

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1697

was nicht wichtig ist, rücksichtslos drosselt, - um nur zwei harte Punkte herauszugreifen: kein Gaststättengewerbe und keine Diensthofen m-hr.

(Zuruf: Von uns kommt noch d r Vorschlag, die Kellner wegzuziehen.)

- In Rußland wäre das möglich. Wir sind ja an sich im Nachteil, weil wir als zivilisiertes Volk gegen ein Volk kämpfen, das mit ganz geringen Mitteln auskommt, und wir müssen sehen, diesen Nachteil auszugleichen. Ich kenne zahlreiche kinderlose oder kinderarme Haushaltungen, die noch verhältnismäßig viel Diensthofen haben. Hier würde ich z.B. vorschlagen, daß man die Mädchen, die zuviel sind, herausschafft. Dabei müßte man auch an die führenden Parteigenossen herangehen. Ich habe neulich gehört, daß der Generaldirektor von Skoda kinderlos verheiratet, in seinen beiden Haushaltungen in Prag und Berlin noch 6 Diensthofen hat. Wir sind hier noch auf einem Luxusstand, der auch einmal herabgesetzt werden muß.

(Sauckel: Das Problem ist einfach, aber der Vollzug ist unendlich schwer.)

- Der Führer hat aber an sich eine d-rartig harte Auffassung über die Notwendigkeiten des Krieges, er hat eine d-rartige Sorge über die Entwicklung unserer Rüstung, daß er persönlich jeden Schritt mitmachen würde. Bei jeder Offensive fehlt uns 10 %. Wenn wir diese 10 % hätten, wären wir schon sehr viel weiter. Wenn wir diese 10 % im kommenden Winter nicht schaffen, dann ist ^{über} im nächsten Sommer unsere Lage so erschwert, daß es nur auf einen Dauerkrieg herauskommen kann; denn es ist klar, daß die Rüstung der Amerikaner und Engländer erst im nächsten Jahr richtig zur Auswirkung kommt und dann im übernächsten Jahr eine andere Situation für uns schafft. Ob es nun Energie oder

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1697

Kohle oder Sprengstoff ist, - wir müssen diese 10 % im nächsten Quartal herauschinden. Ich habe mich neulich mit Goebbels über die generelle Frage unterhalten. Er ist der Meinung, daß das Volk darauf wartet, zu diesem letzten Einsatz aufgefordert zu werden. Das Volk hat ja einen viel besseren Sinn für die Realitäten als manchmal die Leute, die sich in der Mittelinstanz dauernd selbst etwas vormachen. Das Volk spürt auch, daß der letzte Schlag noch fehlt. Es ist allerdings nicht so, daß es nur am Arbeitsloosheit hängt; aber der Arbeitsloosheit ist eine Vorbedingung.

S a u c k e l : Wenn wir im November 400 000 Kräfte neu stellen, dann ist das wie ein Märchen, es spricht gegen jede Vernunft. Die Wehrmacht hat in 3 Monaten keine 150 000 Kriegsgefangene herangebracht. Ich bin aber im Transport auf die Wehrmacht angewiesen.

(Milch: Die Sache liegt noch anders; die Wehrmacht will sie nicht abgeben.)

Wir können 400 000 Menschen hereinbringen und können aus der Landwirtschaft 200 000 umsetzen, - das ist alles, was möglich ist.

M i l c h : In der Landwirtschaft kann es nicht das letzte Wort sein. Die Landwirtschaft hat von Februar bis August um 761 000 zugenommen. Sie hat immerhin noch über 4,4 Millionen. Die gesamte Metallwirtschaft hat nur 5,6 Millionen und hat auch nur um 314 000 zugenommen. Wir haben gestern eine Entscheidung für den Führer vorbereitet müssen, daß, wie der Pulver- und Sprengstoffplan heute liegt, der Stickstoff für die Landwirtschaft nicht in dem Umfange, wie es für die Düngung an sich notwendig ist, zu stellen ist. Hier muß die Ernährung zugunsten des Schießens einen Schritt zurückgestellt werden. Das Wort von

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1697

den Kanonen statt Butter gilt heute noch genau so wie damals, als es Göring im Sportpalast aussprach. Es wird ja später, glaube ich, etwas leichter werden.

S p e e r : Es wird deswegen leichter, weil wir jetzt auf zwei Pegen gehen: wir machen die ganzen Grundprodukte, die Unterlieferungen und die Halbzeugsachen und versuchen gleichzeitig, auch noch die Fertigsachen so zu machen, daß es einigermaßen läuft. Wenn es im Bergbau so klar geht, daß wir nur noch die Fluktuation abzudecken haben, - und das wird in 2 Monaten der Fall sein -, dann sieht das Bild schon anders aus.

M i l l e r : Ich habe einen Sofortbedarf von 149 105 angemeldet. Wenn er abgedeckt wäre, hätte ich vorläufig einen Bedarf von insgesamt 95 000 für drei weitere Monate vorliegen. Die Zahl von 149 000 kommt ja nur dadurch zustande, daß wir seit Frühjahr tatsächlich so gut wie stehen geblieben sind. Das Minus hat sich von Monat zu Monat aufgesammelt, so daß er jetzt diese Höhe erreicht hat.

S p e e r : Aber zugenommen hat die Luftwaffe etwas, während die Marine abgenommen hat.

M i l l e r : Insgesamt haben wir etwas zugenommen. Bei den Inländern haben wir einen Abgang von 54 000 und bei den Ausländern einen Zugang von 133 000 gehabt, das bedeutet ein Mehr von 80 000. Hinzukommen 20 000 Kriegsgefangene, so daß wir nach Abzug der Fluktuation und der Einziehung seit Januar tatsächlich um rund 100 000 zugenommen haben, und zwar einschl. August, also in 3 Monaten.

N i c o l a i : Nach unserer Berechnung ist es etwas mehr.

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1697

M i l l e r : Endgültig stimmen wird hier keine Zahl. Die Zahlen, die ich genannt habe, sind aber nicht ~~etwa~~ ~~un-~~rechtmächtig, sondern waren mir auf Anforderung angegeben worden. Jedenfalls ist unser Bedarf in jedem Monat nicht so gedeckt worden, wie wir es haben wollten, und dadurch kommt die katastrophale Summe von rund 150 000 heraus. Daher unser Wunsch, endlich reinen Tisch zu bekommen.

S p e e r : Der Arbeitseinsatz wird ab 1. Dezember Januar. Zu diesem Zeitpunkt wird sowohl ein Teil der Industrie abgeschaltet wegen der Stromlage, sodaß für 2 bis 3 Monate nicht mehr die Arbeitseinsatzlage entscheidend wird, sondern die Stromlage. Bei der Grundindustrie und der Zulieferung ist aber die Stromlage nicht entscheidend, sondern die Handarbeit; deswegen halte ich es für richtig, die Arbeitskräfte jetzt zunächst in die Grundindustrie hineinzunehmen und bei den anderen nur die Engpässe aufzufüllen und auf die Sachen hinzusteuern, wo es tatsächlich brennt. Für die Luftwaffe sind vorgesehen 25 000 plus 12 000 zur Abdeckung der Fluktuation, so daß die Luftwaffe einschließlich Einziehung tatsächlich ungefähr 67 000 Mann zugewiesen bekommt.

M i l l e r : Ich gehe mit Ihnen vollkommen einig. Wenn wir die Grundindustrie und Halbzugindustrie nicht zuerst beliefern, können die mir auch kein Halbzug anliefern, und bei mir würden Leute nutzlos herumstehen. Ich fürchte aber, daß wir für Dezember keine sehr großen Zahlen bekommen werden.

S a u c k e l : Ich glaube, daß wir für Dezember die Menschen wieder stellen können, wenn die Wagenbeheizung sichergestellt wird.

Hergestellt im
Bundesarchiv
R3/1697

-r.Dörr/Fuchholz/Ca

7

GenFeldm. M i l l e r : Darauf haben wir schon einmal im Mai und Juli d.J. gehofft. Aber dann mußten andere Sachen vorher abgedeckt werden, und wir haben nicht mehr bekommen.

L e p e r : Die Luftwaffe hat 480 000 Mann Zuweisungen bekommen. Das ist eine hohe Leistung. Bei einer Gesamtzahl von 1,8 Millionen sind das 27 %. Jeder vierte Mann ist neu gestellt worden, - übrigens auch für die Luftwaffenindustrie selbst eine kolossale Leistung, das zu verdauen!

GenFeldm. M i l l e r : Wir haben eine Aufrechnung für die Zeit von Januar bis heute gemacht und dabei den Ersatz guter Leute durch weniger gute in Rechnung gestellt. Zugerechnet haben wir um rund 7 %. Wir sind uns darüber klar geworden, daß der innere Wert dieser Arbeiterschaft gegenüber dem Anfang des Krieges bei 90 % lag. In dieser Zeit hat die Rüstungsindustrie eine Steigerung um 40 %, die Motorenindustrie um 60 % durchgemacht, obwohl doch auch die Rationalisierung der Arbeitsmethoden schon gute Fortschritte gemacht hatte. Bei Heer und Marine ist es nicht anders.

T h i m m : Es hieß auch, die Leute aus Stalingrad würden uns von der OT abgezogen. Wir haben mit General Wagner gesprochen. Der sagte, er hätte sie nicht unterbringen können und hätte sie deshalb schnell an die OT gegeben; wenn er gewußt hätte, daß wir sie haben wollten, hätten wir sie bekommen. Die Russen, die in Stalingrad aus den Kanalisationen usw. herausgeholt wurden, wurden zunächst von der OT abgefangen. Ich wäre dankbar, wenn die OT jemand beauftragen würden, der eine Zeitlang drüben bleibt und zusieht, ob bei

der Durchprüfung der OT nicht noch etwas übrig bleibt. Wer die Leute dort in den Kampfgebieten zuerst auffängt, hat sie weg.

S p e e r : Ich muß aber auf die Verantwortung aufmerksam machen, die auf uns allen liegt. Wenn wir mit den Bauten des Eisenprogramms ⁴⁴⁶ in den Winter hereinkommen, gibt es eine üble Sache. Ich erinnere an die Lokomotivschuppen, die wir zum Enteisen der Lokomotiven bauen müssen. Im letzten Jahre hatten wir eine kolossale Lokomotivkatastrophe in Inland. 7000 Lokomotiven sind in Osten kaputt gegangen. Außerdem wurde der Verkehr vollkommen lahm gelegt. Ein zweites Mal würde die Truppe das nicht verzeihen.

S a u c k e l : In den besetzten Gebieten des Ostens haben wir überhaupt kein Arbeitstempo, sei es Eisenbahn, sei es OT. Der dreifache Aufwand von Menschen wird betrieben, um eine normale Leistung zustande zu bringen. Wir müssen wieder dahin kommen, daß wir aus den Leuten etwas herausholen; sonst ist die Aufgabe unlösbar.

S p e e r : Wir haben schon die ganze Zeit darauf gedrängt. Ich habe die Arbeitsverteilung von deutschen zu russischen Arbeitern zu ungefähr auf das Verhältnis 1 : 10 gebracht. Früher haben wir sogar den Unsinn gemacht, deutsche Arbeiter nach Rußland zu nehmen, weil wir keine russischen Arbeiter bekamen. Wenn aber jetzt die deutschen Arbeiter langsam wieder wegkommen und dafür russische Kriegsgefangene hinkommen, sehe ich schwarz. Sie haben ja auch 50 000 Kriegsgefangene drüben zugesagt; die sind bis jetzt noch nicht da.

Was will ich aber nicht, weil ich Ihnen damit die Möglichkeit untergraben würde, etwas herauszuholen. Dafür darf aber die OT nicht noch einmal geschöpft werden.

S a u c k e l : Wir schöpfen nicht die OT, sondern die OT schöpft uns. Wir haben der OT nicht einen Mann verzogen, im Gegenteil, wir haben ~~ihre~~ ihr Leute gegeben. ~~Sie~~ Aber die OT greift über alle Schranken hinaus. Von den 150 000 Kriegsgefangenen, die ich Pleiger zugesagt habe, hat sie sich mindestens 50 000 anorganisiert, ohne daß wir benachrichtigt worden wären, ohne daß überhaupt jemand ein Wort gesagt hätte. Eines Tages wurden wir vor die Tatsache gestellt, daß die Leute, die wir von OKW bekommen sollten, sich inzwischen die OT angeeignet hatte.

S p e e r : Jedenfalls muß ich die OT ~~aufrechterhalten~~ ~~ihre~~ ausreichend versorgen. Alles, was früher von den Flonieren im rückwärtigen Gebiet gemacht wurde, macht heute die OT.

S a u c k e l : Ich habe meinen Herren auch immer gesagt, daß die OT die notwendigen Kräfte gestellt bekommen muß. Aber wir müssen darum bitten, daß wir von allen Maßnahmen unterrichtet werden. Sonst geht es durcheinander.

T h o m m : Die restlichen 60 000, die uns für die Kohle noch fehlen, werden wir dann wahrscheinlich nicht bekommen.

S p e e r : Wenn Ihnen die Wehrmacht Kriegsgefangene zugesagt hat, werden Sie sie auch bekommen. Soviel Autorität

S a u c k e l : Es handelt sich nach meiner Kenntnis um das Arbeitsgebiet Ukraine, aus dem OKW Leute für den Bergbaubedarf herausgezogen hat. Ich habe heute von OKW Nachricht bekommen, daß beabsichtigt ist, 15 000 Mann nach vorn zu nehmen. Das ist ein Beweis dafür, daß das Reichskommissariat Ukraine Leute abgeben könnte.

S p e e r : Nein, wir dürfen nicht rabulistisch werden. Ich lasse die Durchgangsstraßen, die von Wehrmachtstransportchef gefordert werden, stilllegen, obwohl sie noch nicht fertig sind, lasse also im Winter die ganze mühselige Arbeit des Sommers restlos verrotten und nehme diese Arbeitskräfte nach vorn, weil sonst dieses Winterprogramm vorn eine restlose Pleite wird. Das hat aber mit ~~dem~~ ^{Wir haben} ukrainischen Arbeiterüberschuß in der Ukraine nichts zu tun. In der Ukraine habe ich zu bauen: 1. einen verstärkten Ausbau der Bahnen, die auf höhere Leistung gebracht werden müssen; 2. Energieausbau im Donezgebiet, 3. Herstellung der Eisenbahnanschlüsse für die Donezkohle. / 1,2 Millionen t Donezkohle da unten und müssen zur Zeit noch die oberschlesische Kohle da herunterfahren. Welch ein Wahnsinn! Wir verkohlen bis dorthin in der Lokomotive selbst 40 % der Kohle, die wir herunterschaffen. Als nächstes müssen die Gruben in Ordnung gebracht werden, dann der Rüstungsausbau, ~~weil~~ weil wir bis zum nächsten Frühjahr unbedingt Munition draußen machen müssen. Das sind die Aufgaben, zu denen wir jetzt die Leute vorziehen. Ich könnte es mir ja einfacher machen; ich könnte den Bestrebungen nachgeben und den Dnjeprbogen für ~~den~~ Arbeiterabzug sperren.

Hergestellt im
Bundesarchiv
R3/1697

muß die Wehrmacht eigentlich haben, daß sie die Kriegsgefangenen sich nicht von der OT wegnehmen läßt.

Thi m m : Das ist genau so wie bei den Leuten aus Stalingrad. Frenk sagte mir gleich, die würden wir nie kriegen, die seien schon längst bei der OT.

S a u c k e l : Es gibt nur eine Möglichkeit, nämlich daß ~~uns~~ die Wehrmacht in dem Augenblick, wo sie die Gefangenen im Operationsgebiet macht, uns diese sofort übergibt. Wir transportieren sie dann schneller ab als die Wehrmacht.

M i l l e n : Der richtige Weg wäre, daß Ihnen auf Befehl des Führers sämtliche ~~Stalags~~ Stalags übertragen werden. Die Wehrmacht nimmt die Leute gefangen, sobald sie sie angibt, ist die erste Abgabe bereits an Ihre Organisation. Dann ist es in Ordnung.

S a u c k e l : Wir haben nur nicht das Beobachtungspersonal.

(Willeh: Das müßte die Wehrmacht Ihnen stellen!)

In dem Augenblick, wo ~~uns~~ die Kriegsgefangenen gemacht werden, müßten sie uns also zur Verfügung gestellt werden, und wir würden sie dann loyal verteilen. Aber bei der bisherigen Methode bekommen wir nichts oder nur Bruchteile von dem, was uns die Wehrmacht zugesagt hat, obwohl sie die Gefangenen gemacht hat.

Th i m m : Das würden wir kaum erreichen, weil das wahrscheinlich mit der Konvention über die Behandlung der Kriegsgefangenen zusammenhängt.

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1697

M i l l e r : Der Mann, der es für Sie durchführt, kann ja Uniform tragen und Soldat sein. Nur ist sein Vorgesetzter nicht Herr Reinecke, sondern Herr Sauckel.

Aus psychologischen Gründen sollte man Wert darauf legen, den Bedarf der Wehrmachtsteile erst einmal rücksichtslos abzudecken. Allmählich ist in unserer ganzen Luftwaffenindustrie - und ich habe vom Heer dasselbe gehört - das Gefühl entstanden: wir kriegen es doch nicht. Die gewaltigen Zuweisungen werden völlig verkannt, das gebe ich zu. Bei der Luft z.B. 480 000, von denen nachher ein Rest von 150 000 per Saldo übrig geblieben sind. Die Werke sehen immer nur den Saldo. Es sind aber auch so viele Werke dabei, die eine effektive Abnahme gehabt haben, zumal bei einer jungen Industrie wie der unseren, die sich mit besonderen Spezialsachen befaßt. Sie hat viel junge Leute, von denen wieder sehr viele zur Wehrmacht eingezogen sind. Die Einziehungen geschehen mit einer Idiotie, über die man sich direkt schämen muß. Von einer vielleicht kriegsentscheidenden Entwicklung werden alle drei Versuchsingenieure einfach eingezogen. Die Leute sind auch nicht irgendwie an die Front gekommen, auch nicht in die Ausbildung, sondern sitzen hinten herum und bewachen irgendwelche Lager. Man geht hier in keiner Weise individuell vor. Die Werke rufen nun natürlich nach Ersatz. Die Menge kann es nicht bringen; die Qualität können wir ihnen aber erst recht nicht geben. Da schreibt z.B. Herr Dr. Ferner an Herrn Schieber einen Brief, von dem er mir eine Abschrift gibt, in welchem es heißt, daß die in den Lieferplänen fest-

gelegten Ausbringungsziffern nicht mehr erfüllt werden können, weil seit Wochen, teilweise sogar seit Monaten die Zuweisung von Arbeitskräften unterbleibt und selbst der laufende Abgang von den Arbeitsämtern nicht ersetzt werden kann. Die Tatsache, daß wir die Aufstiegslinie nicht mehr einhalten können, daß sich die Rückstände zunehmend vergrößern, erfüllt ihn mit zunehmender Besorgnis. Er geht dann auf Einzelheiten ein. Immer wieder kommt er aber zu dem Schluß: alles wäre zu schaffen, wir bekommen sogar das Material heran; aber wir scheitern letzten Endes mit unserer ganzen Ausrüstung an einer einzigen Sache: der Zuweisung von Arbeitskräften. Wenn wir hätten, wenn wir hätten, - so geht es den ganzen Tag und bei jeder Besprechung.

Ich bin überzeugt, daß nun viele Leute anfangen, bei ihren Forderungen Stangen zu machen und übertriebene Forderungen zu stellen. Es gibt ein einziges Mittel, die Sache einmal in Ordnung zu bringen. Bei mir mache ich es so: wenn seit Monaten ein Ersatzteil nicht heranzukriegen ist, dann hamstert die ganze Front diesen Ersatzteil, z.B. den Sporn für die Ju 52. Wir haben dann den Dreifachen des voraussichtlichen Bedarfs erzeugt. Es waren trotzdem keine Sporne zu haben. Die Läger bei der Truppe liegen voll; aber sie gehen nie nicht heraus. Jetzt habe ich gesagt: wir machen einmal nichts weiter als diese Sporne, bis der Schrei kommt, wir sollen nur keine Sporne mehr schicken. Dann kommt eine solche Sache endlich einmal in Ordnung. Genau so muß man hier einmal sagen:

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1697

Es

14

wir geben den Leuten die Arbeitskräfte, wenn es irgend möglich ist, auch unter Entblößung anderer Stellen. Die Landwirtschaft kann im Augenblick entblößt werden; denn vom 15. November bis zum 15. März n.J. braucht sie dieses Personal nicht. Es sind nur unnütze Fresser. Nur ein kleiner Teil findet für den Holzeinschlag Verwendung. Man kann hier also einmal der Industrie großzügig helfen und dann die Landwirtschaft wieder auffüllen. Wir haben dann auch den Vorteil, daß wir einigermaßen gut ernährte Leute bekommen. Mit den Kriegsgefangenen aus der Ukraine, wie sie Herr Thimm geulich schilderte, ist uns nicht gedient, und mit dem, was sie in der Industrie zu essen bekommen können, sind sie nicht hochzupöppeln. Selbst wenn wir ihnen besseres Essen geben würden, als unsere Leute bekommen, würden wir sie nicht über einen schwächlichen Zustand hinausbekommen. In der Landwirtschaft bekommen sie zusätzlich zu essen. Wo das Fressen liegt, soll man dem Ochsen das Maul nicht verbinden. Davon haben auch die Kriegsgefangenen und Ostarbeiter ihren Nutzen.

Bei uns muß aber endlich einmal das Gefühl getötet werden: wir haben nichts und bekommen nichts, wir sind von Gott und dem Führer verlassen; von uns wird immer mehr verlangt, wie sollen wir noch an das große Programm glauben? Man kann ja bei uns das Programm nur durchführen, wenn man den Glauben daran hat, wie er in der Bibel steht. Wir haben mit 2000 Motoren in Januar angefangen. Wir sind heute bei 4000, und ich muß in eineinhalb Jahren auf 14 000 kommen. Das ist natürlich eine gewaltige Leistung im Monat. Jeder Motor hat mindestens 1400 PS. Wenn ich es mit dem vorigen Weltkrieg pauschal vergliche, ist die augenblickliche Leistung das 40fache der damaligen. Was hat

Hergestellt im
Bundesarchiv
R3/1697

uns damals an Arbeitermengen für eine erheblich andere Industrie zur Verfügung gestanden! Wir müssen heute noch einmal auf das mehr als Dreifache hinauf. Das bedeutet, daß wir auf das 135- bis 140-^{der Leistung}fache/des Weltkrieges allein an Flugmotoren kommen. Dr. Werner, der die Motorenindustrie unter sich hat, hat Vorschläge gemacht, wie man es schaffen kann. Er sagt: wir müssen überall zum fließenden Band kommen, sonst schaffen wir es nicht. Er hat sehr weitblickende Gedanken auf diesem Gebiet. Beim Motor können wir es bestimmt machen; wir können die Kurbelwelle, die Pleuelstangen usw. am fließenden Band herstellen. Wir machen heute an Pleuelstangen 40 000 Stück. Wir haben aber heute noch keine Werkzeugmaschinen, die die Finger am laufenden Band einzeln herauswerfen. Die Amerikaner haben solche Maschinen. Es fehlen vielleicht 10 Konstrukteure und 5 Schlosser; sie sind einfach nicht zu bekommen. Man muß den Leuten wieder einmal den Kanal vollfüllen. Ich habe sie immer auf den November vert. östet und habe ihnen gesagt, Saukel werde uns aus der Landwirtschaft die Leute heranbringen.

S a u c k e l: Müßte es nicht möglich sein, die ungeheure Fluktuation einzudämmen, wenn sich die Betriebe noch mehr anstrengen und die Betriebsführer noch mehr hinter ihren Leuten her sind? Die Fluktuation ist ja anormal.

S p e e r: Die Bummelantenfrage ist auch ein Punkt, den wir behandeln müssen. Ley hat festgestellt, daß dort, wo Betriebsärzte sind und die Leute von den Betriebsärzten untersucht werden, sofort der Krankenstand auf ein Viertel bis ein Fünftel sinkt. SS und Polizei könnten hier ruhig hart zufassen und die Leute, die als Bummelanten bekannt sind, in KZ-Betriebe stecken. Anders geht es nicht. Das braucht nur ein paarmal zu passieren, das spricht sich herum.

S a u c k e 1: Ich bin damit einverstanden. Ich mache nur darauf aufmerksam, daß die Polizei im großen und ganzen mit den Kräften, die sie heute hat, so unfähig ist, daß sie wahrscheinlich mehr Porzellan verschlagen würde, als sie damit erreichen könnte. Wir werden aber hinter diesem Bummelantennenwesen her sein. Ich habe schon entsprechendes veranlaßt, und ich werde weiter nach dieser Richtung drücken.

Ich bin sicher, daß die Russen, wenn sie Ausgang bekommen und besser behandelt werden, auch Besseres leisten werden. Ich bin auch fest davon überzeugt - ich habe neulich vor den Arbeitern gesprochen und mich auch mit einzelnen unterhalten - , daß bei der Leistungssteigerung noch einiges herauskommt. Natürlich darf es nicht so sein wie in Berlin, wo sich die Berliner Industrie mit Siemens an der Spitze dagegenstellt und erklärt, das gehe nicht, das könne ~~da~~ den Berliner nicht zumuten, während Gauleiter Görlitzer erklärt, bei ihm selbst seien Arbeiter gewesen, die offen zugegeben hätten, daß in Berlin, wenn es richtig angepackt werde, eine 15- bis 20-prozentige Leistungssteigerung erreicht werden könne. Ich habe am 1. Oktober die Leistungssteigerungs- und Akkordvereinigungsaktion angeordnet. Sie ist ja in verschiedenen Teilen des Reichs vll in Anläufen. Ich bitte dann nur, daß in Industriekreisen die Bedenken zurückgestellt werden.

(Speer: Die Betriebsführer waren doch in der Versammlung voll damit einverstanden!)

- Theoretisch waren sie voll einverstanden. Sie sind dann aber einzeln gekommen und haben erklärt: bei uns können wir das aber nicht machen. Dasselbe haben wir in Thüringen durchexerziert. Es ist ja überall besser geworden, als wir angenommen hatten. Ich habe neulich lange mit Gauleiter Görlitzer und dem Gaubmann ge-

17

sprochen. Sie haben offen erklärt, sie würden die Aktion unter allen Umständen durchführen und würden denselben Erfolg haben wie in Thüringen und anderswo. Das ist der Standpunkt der Partei.

M i l l e r: Kann man nicht die Leute, die fluktuieren, einfach an einen Ort arbeitsverpflichten? Wenn der Betreffende dann die Arbeitsstelle verläßt, müßte er bestraft werden.

(Sackel: Das tun wir ja.)

- Ja, aber die Dienstverpflichtung liegt auf einem anderen Boden. Jetzt werden Leute aus einer ganz anderen Fertigung auf eine Notstelle herübergenommen. Ich meine, daß man den Grundsatz aufstellt, wenn einer dauernd wechselt, wird ihm gesagt, daß er an der und der Stelle zu bleiben hat.

S a c k e l: Die Fluktuation der Ausländer ~~muss~~ wird sich schon dadurch vermindern, daß jetzt ein Hauptkontingent, die Franzosen, auf ein ganzes Jahr verpflichtet sind.

M i l l e r: Bei den männlichen Inländern haben wir 200 000 Gesamtabgang von Januar bis August. Davon sind 130 000 zur Wehrmacht eingezogen. Es bleiben also 70 000 als Fluktuation. Die Zahlen schwanken, durchschnittlich sind es 21 000 im Monat. Bei den Frauen bleibt es ungefähr gleich, um 3000 herum. Bei den Ausländern nimmt es aber laufend gewaltig zu, von 6000 auf 15 000. Das sind die ablaufenden Verträge. Wie kann man eigentlich nicht als Fluktuation rechnen. Unverständlich ist mir ein Abgang von 22 000 Kriegsgefangenen. Wo sind sie geblieben?

B r ü c k n e r: Zum Teil sind sie weggelaufen, vor allem aus der pommerschen Gegend. Zum Teil sind es Abgänge durch Krankheit und Tod.

M i l l e r: Das kann man ^{auch} nicht als Fluktuation rechnen. Es wären also tatsächlich auf 8 Monate im Durchschnitt nicht ganz

10 000 Mann echte Fluktuation. Man kann unterstellen, daß die Hälfte davon zu Recht fluktuiert. Die andere Hälfte aber mögen Summelanten sein. Diese Summelanten treten natürlich bei den anderen Spalten - Heer, Marine usw. - genau so auf. Sie ziehen von einem zum anderen. Diesen asozialen Elementen könnte man ruhig schwere Arbeitsplätze zuweisen, und wer sich dann entfernt, kommt ins KZ. Das kann die Polizei auch mit den heutigen Kräften machen.

S a u c k e 1: Wir haben vorhin davon gesprochen, in Deutschland die Kellner aus den Gaststätten herauszuziehen. In Frankreich wie im Generalgouvernement wie im Protektorat haben wir aber nach dieser Richtung noch einen absoluten Ueberfluß, und solange wir den nicht abgeschöpft haben, könnten wir einen solchen Schritt in Deutschland unserem eigenen Volk gegenüber nicht verantworten. Bei meinen letzten Verhandlungen in Frankreich ist nun aber wieder ein Telegramm des Reichs^{außenministers} ~~darzwischen~~ geplatzt, daß die Regierung Lavalle unter keinen Umständen bedroht werden kann. Der Führer hat folgendes gesagt: wenn die Franzosen nicht gutwillig sind, werde ich die 300 000 französischen Kriegsgefangenen wieder einziehen: sind sie gutwillig, dann können die französischen Frauen zu ihren Männern nach Deutschland kommen und dort arbeiten. Selbstverständlich habe ich ein Interesse - hat er dabei gesagt - , daß die Regierung Lavalle bleibt. Die Regierung Lavalle wird bleiben, sie hängt ja nur von uns ab, und nachdem Lavalle in seiner Rede wörtlich Satz aus meinem Aufruf übernommen und den Franzosen vorgetragen hat, kann er nicht mehr zurück. Er könnte höchstens von Pétain gestürzt werden. Ich mache aber darauf aufmerksam, daß in Frankreich noch ein Ueberangebot von jungen Menschen besteht, die wir

alle irgendwo in Deutschland mit einsetzen könnten. Wenn wir unserem Volk zu muten, daß es sich lebensmässig auf das Äußerste entblößt, können wir nicht zulassen, daß in Paris noch ein solcher Luxus getrieben wird, daß kleine Lokale noch Kapellen von 25 Musikern und an jedem Tisch 2 Kellner beschäftigen. Ich bin der festen Ueberzeugung: wenn wir auch gegen die anderen brutal sind, dann können wir aus dem Generalgouvernement - ich habe einen tüchtigen Mann herübergeschickt, Präsident Struwe - und aus dem Protektorat noch eine ganze Menge Menschen herausnehmen, ohne daß wir unsere Rüstungsinteressen dort schädigen. Wir brauchen also noch keine Sorge zu haben, daß es überhaupt nicht gedeckt werden könnte.

S p e e r: Wir haben dann noch eine Menge Anforderungen von Thimm, zunächst die Anforderungen für die Seeschiffahrt. Soweit noch gelernte Seeleute in unseren Betrieben sind, werden wir sie im Laufe der Zeit freigeben müssen.

(Nikolai: Das sind aber zum Teil Schlüsselkräfte, überwiegend sogar Ingenieure, für die sehr schwer Ersatz zu stellen ist.)

Ich dachte nur an die Seeleute, die zur See fahren. Wir können nicht jeden, der mit der Marine irgend etwas einmal zu tun gehabt hat, herausziehen.

S c h l e b e r: Wir haben noch einmal mit Gauleiter Kauffmann über diese Frage gesprochen. Er verzichtet auf die Ingenieure. Was er haben möchte, ist seefahrendes Personal, und zwar insgesamt 1000 bis 1200 Mann.

(Thimm: Zu dem Begriff seefahrendes Personal gehören an sich auch die Ingenieure.)

Hergestellt im
Bundesarchiv
R3/1697

S a u c k e l: Wieviel könnte man nach Ihrer Ansicht, Hildebrandt, Außerstenfalls aus der Landwirtschaft herausziehen?

(Hildebrandt: 200 000 Menschen!)

Wir haben heute noch 50 000 Alpers zugesagt.

(Speer: Die gehen außerhalb der 200 000.)

250 000 werden herausgeholt; davon bekommt die Rüstung 200 000 und Alpers 50 000.

T h i m m: Zu der Position Seeschifffahrt und Verkehr würde auch Binnenschifffahrt gehören. Weitere wichtige Posten sind: Erdbergbau und Erdöl, Reichsbahn, Reparaturwerkstätten, Lokomotivbau.

S a u c k e l: Ich schlage vor, daß wir aus beiden Forderungen, also aus der Gesamtaufstellung und aus diesem Programm, bis zur nächsten Besprechung am Montag eine einheitliche Aufstellung machen. Es wäre eine Abstimmung der gesamten Forderungen auf die Gesamtzahl von 600 000, davon 400 000 Transport und 200 000 aus der Landwirtschaft.

S p e e r: Sollte man nicht darangehen, die Zahl der Dienstboten einmal in ein richtiges Verhältnis zur Kinderzahl usw. zu bringen?

S a u c k e l: Das ist laufend gemacht worden, wenigstens in meinem Gau. Die Partei hat einen dahingehenden Auftrag. Im großen und ganzen ist die Dienstbotennot ungeheuer groß.

Bei allen Maßnahmen ist noch eins zu berücksichtigen. Die Gauleitungen bekommen heute dauernd Briefe von der Front, in denen ein Kompagnieführer für einen Mann aus seiner Kompagnie verlangt, da die Ehefrau jetzt aus der Fabrik herausgelassen werde, weil sie jetzt genug gearbeitet habe. Die Front reagiert sofort darauf, wenn eine Frau in Verfolg der Aktion des Reichsmarschalls beispielsweise zur Landarbeit gelangen wird. Jeder

Hergestellt im
Bundesarchiv
R3/1697

21

Landrat, jeder Gauleiter bekommt heute solche Briefe.

M i l c h: Was wir im vorigen Krieg den Frauen der Eingezogenen zu wenig gegeben haben, wird in diesem Krieg zuviel gegeben, und deshalb ist vielfach keine Lust zum Arbeiten da.

S a u c k e l: Ich will bestrebt sein, noch möglichst viele Russinnen hereinzubekommen, weil die noch wirklich arbeiten. Der Leistungsstand der deutschen Frau übersteigt nicht mehr 37 Stunden in der Woche.

Schluß der Sitzung 17 Uhr 20 Minuten

Hergestellt im
Bundesarchiv
R3/1697

Zentrale Planung

2. 11. 1942

Der Beauftragte für den Vierjahresplan
Zentrale Planung

Berlin W 8, den 5. Nov. 1942.
Leipziger Str. 3.

Z.P. 11.

14 Ausfertigungen
19. Aufstellung

E r g e b n i s s e der

22. Sitzung der Zentralen Planung am 2.11.1942, 12^h.

Arbeitseinsatz November 1942.

Der Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz hat auf Grund der Sitzungsergebnisse vom 30.10. einen Bedarf von rd. 770 000 Arbeitern errechnet (ausschließlich 100 000 Hausangestellte), von denen rd. 441 000 Mann als vordringlicher Bedarf der Rüstungsindustrie anzusehen sind. Dem Bedarf steht eine Deckung von 600 000 Mann gegenüber.

Zu dem vordringlichen Bedarf der Rüstungsindustrie treten die Arbeitsanforderungen für den Handelschiffsbau (2 500 Mann), für die feuerfeste Industrie (2 000 Mann) und für die Erdölförderung (4 200 Mann). Der vordringliche Bedarf beträgt somit insgesamt 450 000 Mann.

Es wird entschieden, das Rotzettelverfahren, das ursprünglich für 5 - 6 000 Firmen mit einer wahrscheinlichen Rotzettelanforderung von 70 000 gedacht war, auf die allerdinglichsten Fälle zu beschränken und im übrigen eine Rückmeldung der Rüstungsinspektionen vorzusehen. Da der Rotzettelbedarf sich mit der Aufstockung überschneidet (die Abdeckung wird nicht nur für die Fertigung, sondern auch für den Betrieb vorgenommen), wird beschlossen, bei der Rotzettelanforderung gleich einen Zuschlag für die Fluktuation zu machen. Die Aufstockung ist dadurch in der Zuweisung enthalten. Über die Höhe der Aufstockung erfolgt Abstimmung zwischen Reichsminister für Bewaffnung und Munition und Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz. Die Einsiehungen zur Wehrmacht sind vor den übrigen Aktionen abzudecken.

Die Bedarfsdeckung läßt sich für November nicht erhöhen, insbesondere ist eine größere Umstellung aus der Landwirtschaft nicht möglich. Die Landwirtschaft hat bis zum Frühjahr Einsiehungen in Höhe von 200 000 Mann (in November 30 000) zu erwarten, so

das

3014

- 2 -

daß sie zusammen mit der Umstufung in Höhe von 200 000 insgesamt 400 000 Arbeitskräfte verliert, die im Frühjahr zurückgeliefert werden müssen. Der Bedarf von rd. 770 000 und die Deckung von 600 000 ergibt somit einen Fehlbedarf von 170 000. Die Anforderungen sollen in der Reihenfolge der vom Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz eingereichten Liste befriedigt werden, wobei besonders wichtige Anforderungen jeweils vordringlich zu erledigen sind.

Dr. Steffler.

Anwesend:

Reichsminister Speer
Generalfeldmarschall Milch
Staatssekretär Körner

Gauleiter Sauckel
Min.Dir. Timm
Min.Rat Letsch
Ob.Reg.Rat Hildebrandt

Staatsrat Schieber
Gen.Major Waeger
Oberstleutnant v. Nicolai
Dr.Jng. Goerner
Dr. Mommsen

Min.Dir. Gramsch
Min.Rat Dr. Steffler

Min.Dir. Cejka
Oberst - Jng. Sellschopp
Oberst Rückner

General d.Jnf. Thomas

G B A

"

"

"

RM.f.B.d.Mun.

"

"

"

"

V.P.

"

R L M

"

"

O K W

Verteilt:

Reichsminister Speer
Generalfeldmarschall Milch
Staatssekretär Körner
Staatsrat Schieber

Min.Dir. Cejka
Min.Dir. Gramsch
Dr.-Jng. Goerner
Min.Rat Steffler

Gauleiter Sauckel
General Thomas
Gen.Major Waeger

Registratur

1. Ausfertigung

2.

3.

4.

5.

6.

7.

8.

9.

10.

11.

12.-14.

/ Kap. 292
Abg. Kriegsverbrecherprozesse
— 1 Photo Kopien
Zz 12

1

Zentrale Planung
Stenogramm der 22. Sitzung
2.11.42

1032-1043

(Blatt 689-700)

Hergestellt im
Bundesarchiv

23/1698

Stenographische Niederschrift
der
11. Besprechung
der
Zentralen Planung

betreffend Arbeitseinsatz
am Montag, den 1. November 1941, 11 Uhr
im Reichsluftfahrtministerium

Hergestellt im
Bundesarchiv

23/1698

Arbeitsplan für November 1941

S p e e r : Wir waren in der letzten Sitzung darüber im klaren, wie die 500 000 Arbeiter, die für die Rüstungsindustrie und für die gewerbliche Kriegswirtschaft notwendig sind, zu verteilen sind, wollten wir einmal von Thiem überschlagen lassen, wie weit noch die 100 000 Arbeitskräfte, die noch bleiben sollten, zu verteilen wären.

S a u e k e l : Die Bilanz hat sich noch wesentlich verschlechtert. Einer augenblicklichen Möglichkeit, im November 600 000 Arbeitskräfte zur Verfügung zu stellen, steht ein errechneter Bedarf einschließlich der Forderungen für Bergbau, Grubenholz, Kohlenhandel, Verkehr, Reichsbahn, Reichspost, Forstwirtschaft, feuerfeste Industrie, Leinwandmaschinen, Schiffbau, Nahrungsmittelmaschinenbedarf, Flusenschiffahrt, Luftnachrichtenhelferinnen, Kriegsaufgaben, rogramm, Bedarf für Bombenschäden von insgesamt 782 000 gegenüber.

(Speer: Sind unsere 500 000 mit darin?)

- Sie sind mit 481 800 darin, und zwar vorwiegend 441 000, - Grundindustrie mit Zuteilungen 124 000, Halbschlagindustrie 16 000, Zulieferung 43 000, Bergbauindustrie untergliedert: Meer 50 000, Luft 40 000, dazu gerechnet noch 30 000 Einziehungen. Sind übrigens nicht die Einziehungen schon von den Betrieben berücksichtigt?

(Erdeker: Nein, sie sind nicht mit darin.)

An sich sind die Einziehungen ja nicht höher, als sie immer gewesen sind, etwa auf dem Stand von 100 000.

(Mitsch: Wir haben noch nachzuholen, weil wir früher nicht eingezogen haben.)

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1698

Weiter Marine 32 000, sonstige Forderung n 45 000, Fm 75 000,-
zusammen 441 000.

Die Rotzettelaktionen sind mit 75 000 datiert. Wenn wir
aber 75 000 Rotzettel verarbeiten wollen, dann müssen wir noch
so viele Kräfte anstellen, die mitzuhalten wären, daß wir ein
anderes Verfahren vorschlagen möchten. Wenn wir Ihnen 1007 zu-
weisen, also insgesamt die Rotzettelleute mit einem Aufschlag
versuchen und ihnen dann die Zuweisung, die normale Fluktuation
usw. zusätzlich Rotzettel geben, dann kommen Sie zu genau dem-
selben Ergebnis, und wir ersparen die gewaltige Bürokratie, die
damit verbunden ist, wenn wir 75 000 Rotzettel ausfüllen, evi-
sieren und mit der Post verschicken müssen und dann wieder war-
ten müssen, bis die Rotzettel einkommen, um sie dann zu registre-
rieren, einsortieren usw. Wir haben in unseren Dienststel-
len sehr wenig Menschen zur Verfügung.

Schreiber: Die 75 000 Rotzettel werden sich auf
5- bis 6000 Firmen verteilen.

Thoma: Es werden viel mehr Firmen sein. Beim Schrott
sind es z.B. Betriebe mit 6 bis 7 Leuten. Es bedeutet natürlich
einen ziemlich bürokratischen Aufwand, wenn man für diese ge-
ringen Leute das Formular herunter- und wieder hinauflaufen
läßt.

Spöer: Man kann es so machen, daß wir die Rotzettel
von uns aus an die Betriebe geben und die Betriebe uns melden,
dass sie die Leute bekommen haben.

Saukel: Wenn wir das machen, dann sind wir ja
überhaupt überflüssig. Wir wollen es auch mit den Methoden ma-
chen, die wir für richtig halten. Wir tragen ja die Verantwor-

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1698

tung. Wir schlagen ein einfacheres System vor: wir weisen 100 plus 30 zu, und damit ist die Zahl reichlich gegeben. Das ist ein Verfahren, das uns selbstverständlich zwingt, im Arbeits-einsatz noch intensiver zu arbeiten als wie bisher, das uns aber das ganze Notzettelverfahren erspart. Die Leute sind trotzdem da, und das ist ja die Hauptsache.

S p e e r : Sie müssen aber die Gewißheit haben, daß sie tatsächlich zugewiesen worden sind. Bekommen Sie Rückmeldungen von den Betrieben oder überlassen Sie es den Arbeitsämtern?

S a u c k e l : Von dem Landesarbeitsamt bekommen die Betriebe ja die Leute auf alle Fälle. Wo sollen die Landesarbeitsämter mit den Leuten hinführen Sie sind froh, wenn sie sie los sind. Die größte Sorge ist, daß die Leute in Arbeit kommen, daß sie Geld verdienen, daß sie Kleidung, ein Fach über dem Kopf und ihr Essen bekommen. Sonst müssen sie nämlich vom Landesarbeitsamt verpflegt werden.

S p e e r : Bei den vielen kleinen Betrieben, die wir gerade bei den Notzetteln haben, ist es notwendig, daß wir irgendeine Rückmeldung erhalten.

S a u c k e l : Ich schlage vor, daß wir es auf die gering^{st-} mögliche Zahl, die überhaupt denkbar ist, beschränken.

Referent von der Seite Schieber: Wir haben die Notzettel zum großen Teil schon ausgereicht. Die Notzettel bedeuten auch keine erhebliche Belastung, weil sie gleich auf der Rückseite die Adresse aufgedruckt haben. Der Mann im Arbeitsamt braucht nichts weiter zu tun, als "erledigt" daraufzuschreiben und es zurückzuschicken.

S a u c k e l : Das häuft sich aber bei 70 000 Stück, und wie sollen wir das schaffen, wenn uns heute aus dem Arbeitsamt die Stenotypistinnen als Luftnachrichtenhelferinnen herausgeholt werden?

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1698

Ich übergebe Ihnen heute Abend die Meldung: das RU 45-Programm ist nicht nur bis auf den letzten Mann erfüllt worden, sondern es ist mehr gestellt worden; es ist 100%ig aufgestockt und die Plunktion erfüllt. Ich kann das aber den Leuten nicht dauernd summen. Wir müssen auch wieder einmal zu einer lockeren und unkomplizierteren Methode kommen. Wir garantieren, daß die Leute gestellt werden. Für dieses Programm haben wir uns verpflichtet, und wir erfüllen es auch.

S p e e r : Es gibt für mich eine Erleichterung, wenn die Rotzettelkarte nicht gemacht würde, dann bestünde von mir aus die Notwendigkeit, über die Rüstungsinspektionen bei den Betrieben feststellen zu lassen, ob die Arbeitskräfte abgedeckt worden sind. Irgendwie muss ich doch erfahren, ob sie abgedeckt sind. Bei dem anderen Verfahren wurde "erledigt" daraufgeschrieben, und dann war schon für uns ohne weiteres klar, daß die Sache erledigt war, denn haben wir nicht weiter nachgefragt.

S a u e k e l : Selbstverständlich kann man nicht auf alle Rotzettel verzichten. Ich würde aber vorschlagen, es auf das äußerste Maß einzuschränken, auf die wichtigsten Fertigungen, und es nicht zu einem Verfahren zu machen, das sich immer mehr aufbläht; denn dann müssen wir wieder in hochsten Maße unproduktive Schreib- und Sortierkräfte beschäftigen.

T h i m m : Ich hätte noch die Frage, ob man nicht auf die Aufstockung in diesem Falle verzichten kann. Wir haben durch das RU 45-Programm einen gewissen Erfahrungssatz erworben, z.B. dahingehend: wenn 100 000 aufgestockt werden sollten, müssen etwa 160 000 gestellt werden. Die Aufstockung und das Rotzettelverfahren teilen sich, überschneiden sich etwas. Das Rotzettelverfahren hat doch den Sinn: hinunter und wieder mit Vollausmeldung hinauf. Wenn ich aufstocken will, kann ich die Vollausmeldung erst an

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1698

ende des Monats geben, weil im Lauf des Monats immer wieder Abgänge durch Einziehungen usw. kommen.

S p e e r : In sich ist ein grundsätzlicher Fehler in den Rotzetteln enthalten, den man nämlich darin das Abdecken der Fluktuation mit erfasst. Das geht nicht. In den Rotzetteln soll an sich nur die reine Zuweisung ohne Abdeckung der Fluktuation sein. Die Fluktuationsabdeckung mit den Rotzetteln zu machen, ist auf die Dauer gehen unmöglich. Auf diese Sache bin ich schon von mir aus neulich gekommen.

S c h n i e b e r : Ich glaube, daß man die Bindung zwischen Fluktuation und Rotzetteln auf alle Fälle aufheben sollte. Dadurch wird die Arbeit wesentlich vereinfacht, und es wird die Gefahr vermieden, daß die Abdeckung nicht für die Fertigung, sondern für den Betrieb vorgenommen wird. Wir haben festgestellt, dass aus den entgegenkommen einzelner Arbeitsinter nicht nur die Fertigung abgedeckt worden ist, sondern der ganze Betrieb, und daran haben wir gar kein Interesse.

S p e e r : Und dann sollte man bei den Rotzetteln die Zahl, die etwa die Fluktuation ausmacht, einfach hinzusetzen. Dann kann ist es auch für die einfacher.

Die 71 000 gehen in lauter kleine Betriebe. Bei den großen Betrieben, in die die 147 000 gehen, habe ich sowieso die Rückmeldung hinsichtlich des Arbeiterbestandes über die Einsturmsinspektionen, über die laufende Hollerithauswertung. Bei den kleinen Firmen habe ich das nicht. Daher würde ich bei diesen Firmen Wert darauf legen, daß einfach der Stempel "verledigt" auf die Karte kommt. Dann ist es für uns alle erledigt.

S t u c k e l : Ich möchte nur vermeiden, daß dann bei ihnen noch einmal eine Sicherheit hineinkommt.

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1698

6
bis 8

S p e e r : Nein, bei uns kommt die Nettozahl hinein,
und die Fluktuation wird von hier aus zugeschlagen. - Dann
lassen wir es also einfacher machen!

Sind bei den Zureisungen in der letzten Spalte die
Fluktuationsszahlen zugerechnet?

T h i m m : Jawohl, da haben wir den Zuschlag gemacht,
wie wir ihn auf Grund der RU 42-Aktion errechnet haben.

S p e e r : Sind die Einziehungen beim Heer noch einmal
extra genommen?

mit
(Nikolai: Nein, sie stecken/in den Fluktuations-
zahlen.)

Ist die Heeresseinziehung für November schon klar?

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1698

Dr.Günther/Sch

9

Schieber: Die Zahl der Einziehungen liegt bei 196 000 für beide Monate. Für November wird sie also etwa 80 000 bis 100 000 betragen, einschliesslich Jahrgang 24.

Hildebrandt: Diese Zahl gilt für die gesamte Wirtschaft, für die Rüstungsindustrie, das Heer usw.

Speer: Es ist aber so, dass beim Heer und bei der Luftwaffe, während in der Landwirtschaft alles eingezogen wurde, die Einziehung des Jahrgangs 24 zum Teil bis 15. November, zum Teil bis 15. Dezember zurückgestellt wurde, so dass nun in der Rüstung die ganze Einziehung auf einen Schlag kommt.

(Hildebrandt: Der stärkste Einbruch ist bei der Luftwaffe!)

v. Nicolai: Die Betriebe haben aber auch ihre Erfahrungssätze für die Einziehungen, die zweifellos in ihre Berechnungen einkalkuliert sind, genau so wie Krankheit, Tod usw.

Speer: Ich bezweifle, dass wir mit 28 000 oder 50 000 beim Heer im November auskommen. - Wir müssen ja von folgendem ausgehen. Bei den Einziehungen ist unabhängig von dieser Aktion immer zuerst der Mann zu stellen. Wenn es nötig ist, muss der Betrieb sich melden, und dann bekommt er eine Ersatzkraft.

Sauckel: Zu der Frage der Landwirtschaft möchte ich noch folgendes sagen. Ich habe mich genau erkundigt, dass aus der Landwirtschaft jetzt 200 000 Arbeiter herausgenommen werden, dazu 200 000 deutsche landwirtschaftliche Kräfte, so dass sich hier ein Aderlass von 400 000 Menschen ergibt. Eine Erhöhung der Herausnahme über 200 000 ist vollkommen ausgeschlossen.

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1698

S p e e r : Es sind eigentlich nur zwei Sachen, die für uns wichtig sind, der Handelsschiffbau und die feuerfeste Industrie. Wäre es da nicht gut, wenn wir das beides oben hereinnehmen? Wieviel würden wir für die feuerfeste Industrie brauchen?

S c h i e b e r : Wir brauchen zusätzlich 2000 für die feuerfeste Industrie und etwa 2500 auch zusätzlich für die Handelsschiffahrt.

S p e e r : Diese beiden Zahlen würden wir oben hereinnehmen.

S c h i e b e r : Ich wäre dankbar, wenn man auch die Binnenschiffahrt hinzunehmen würde.

T i m m : Ich habe sie herausgenommen, weil Sie, Herr Minister, sagten, dass es im Winter eine solche Rolle spielt.

(Schieber: Es handelt sich hauptsächlich um den Umbau der Handelsschiffe!)

S p e e r : Dann haben wir hier also 2000 zusätzlich.

S c h i e b e r : Vorhin ist noch eine Zahl für das Kriegsaufgabenprogramm genannt worden. Ist die hier enthalten?

(Saukel: Ja!)

Ich möchte sagen, dass in manchen Anforderungen der Ringe diese Forderungen bereits enthalten sind. Das Kriegsaufgabenprogramm wird ja in einem Teil der Ringe gemacht. In der Zuteilung kann man deshalb vorsichtig sein. Wenn man da zunächst einmal 5000 hat, genügt das durchaus.

S p e e r : Wir haben jetzt hier also 165 000 zu wenig. Wie wollen wir die abstreichen?

S a u k e l : Wir erfüllen unter allen Umständen oben die 441 000 + 2000 + 5000, und die untere Sparte wird der Reihe nach erfüllt, ist also gewissermaßen schon eine Rangauf-

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1698

stellung. Herr Timm, darüber sind wir uns wohl klar!

T i m m : Man kann es nicht so starr festlegen, da sich im Laufe des Monats ja so viele Notwendigkeiten ergeben. Deshalb muss man hier auch einen gewissen Spielraum haben. Wenn plötzlich dringliche Sachen kommen, müssen wir doch entsprechende Zuweisungen machen können.

G r a m s c h : Wenn es sich um eine Ringfolge handelt, darf ich vielleicht anregen, so aus dem Bergbau das Erdöl herausnehmen soll. Die Leute, die in Zisterndorf das Erdöl fördern, stecken meines Wissens beim Bergbau.

S c h l e e r : Es sind 3000 Mann, die gesondert in der Erdölfertigung sind.

S p e e r : Die können wir von mir aus oben hereinnehmen.

S a u c k e l : Es werden auf alle Fälle 600 000 Menschen gestellt. Was hier oben steht, wird auf alle Fälle gestellt. Alles andere ist Reserve. Ich nehme an, dass im Dezember noch 350 000 gestellt werden können. Wegen der Witterungsverhältnisse werden wir im Januar vielleicht auf 100 000 oder 150 000 absinken. Dann müssen wir im Februar die Wiederauffüllung vornehmen und vor allem die Landwirtschaft einsatzfähig machen. Bis zum Mai wird dann noch einmal diese viertel Million gestellt werden. Von Februar ab muss ich aber, nachdem jetzt diese Sachen vorgezogen sind, der Landwirtschaft 400 000 Mann geben.

M i l l e r : Nach meiner Auffassung muss die Landwirtschaft ihre Arbeitskräfte kriegen. Hatte man der Landwirtschaft, ^{mehr} theoretisch gesprochen, 100 000 Mann geben können, dann hätte man 100 000 Mann, die inigermassen gut ernährt wären, während das, was wir so bekommen, vor aller Dingen die Kriegsgefangenen, nicht gerade besonders arbeitsfähig ist. Wenn die Landwirtschaft

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1698

13

sie rechtzeitig bekommt, kann sie die Leute ja wieder herausfüttern. Sie wird allerdings nicht gerade glücklich sein.

S a u c k e l : Im Gegenteil, die Landwirtschaft kommt mit sehr ernsten Vorstellungen, insbesondere wegen Fett und Butter, wegen der Viehwirtschaft usw.

M i l c h : Man kann natürlich nicht alle wegnehmen!

T i m m : Viele Sorgen macht uns der grosse Verkehr.
Wir werden die Gebiete Südwestdeutschland und Bayern ganz ausschliessen müssen.

M i l c h : Schleswig-Holstein kommt in erster Linie in Frage.

T i m m : Wir werden sie ernten bei diesem Wetter abziehen können. Wenn der Winter milde ist, kommen die Bauern Mitte, Ende Januar zur Frühlingsbestellung. Die Zeit ist also nicht so lang.

M i l c h : Es ist also sehr verschieden.

Schluss: 13 Uhr

Hergestellt im
Bundesarchiv
R3/1698